

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1925

67 (10.2.1925) Morgenausgabe

Reichsministeriums, nachdem an den lebhaft vorbereiteten Besprechungen nur die unmittelbar beteiligten Ressortchefs teilnahmen. Entscheidungen sind bei den Vorbesprechungen nicht gefallen. Diese sind vielmehr nur in den Kabinettsitzungen getroffen worden. In diesen Kabinettsitzungen nahmen ausnahmslos sämtliche sozialdemokratische Minister teil.

2. In der Stimmenthaltung konnte eine Ablehnung der Verantwortung für die Diktung der Reichsregierung nach den Gepflogenheiten des Reichsministeriums nicht erblickt werden, zumal

irgend ein Einspruch prinzipieller oder sachlicher Art nicht erhoben wurde und eine grundsätzliche Entscheidung über die seitens der Reichsregierung gegenüber dem Ruhrbergbau anlässlich der Ricumverträge eingehenden Verpflichtungen bereits am 20. Oktober unter Zustimmung auch der sozialdemokratischen Reichsminister gefallen war.

3. Es ist richtig, daß sich keine Kabinettsitzung der Großen Koalition mit der Frage der Zustimmung des Parlaments zu den Entschädigungszahlungen befahte. Richtig ist jedoch auch, daß die Form der Auszahlungen für die Frage der eingehangenen Verpflichtungen völlig unerheblich war. Für die später erfolgte Auszahlung der Entschädigungen kommt eine Verantwortung des Kabinetts der Großen Koalition selbstverständlich nicht in Frage. Dadurch wird aber nichts an der Tatsache geändert, daß auch die sozialdemokratischen Mitglieder des Reichskabinetts eine Entschädigungspflichtigkeit des Reiches gegenüber dem Ruhrbergbau anerkannten.

Sozialpolitische Debatte im Reichstag Das Wirtschaftsabkommen mit Siam angenommen.

TU. Berlin, 9. Febr.

Am Regierungstisch: Reichsarbeitsminister Dr. Brauns.

Präsident Lohse eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 15 und teilt mit, daß der Abgeordnete Dr. Hüffe (Ztr.) sein Reichstagsmandat niedergelegt habe. (Lebhafte Höri-Höri-Musik.)

Die Einzelberatung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums und der mit der Beratung verbundenen zahlreichen Anträge aller Parteien wird fortgesetzt, und zwar mit der Besprechung über den Abschluß

Arbeitsvermittlung und Erwerbslosenfürsorge.

Abg. Breen (Soz.) wendet sich gegen zahlreiche Betriebsstilllegungen bei Reichsbetrieben, wodurch Tausende von Arbeitern erwerbslos geworden seien. Statt Privatbetrieben riefte Hilfen angedeihen zu lassen, hätte die Regierung hinsichtlich der Beschäftigung von Arbeitern in allererster Linie einwirken müssen. Wenn unglaubliche Verluste auf dem Gebiet der Erwerbslosenunterstützung vorgekommen seien, so liege die Schuld nicht bei den Gewerkschaften. Der Redner fordert für die Erhöhung der Unterstützungsätze eine Zwischenlösung und einen Ausgleich der Sätze in den einzelnen Wirtschaftsbereichen.

Abg. Hartmann (Dntl.) erklärt, seine Partei habe den Arbeitslosen immer größtes Entgegenkommen bewiesen. Die beste Lösung der Erwerbslosenfrage liege aber in der

Beschaffung von Arbeitsmöglichkeiten.

Hier müßte besonders die Erschließung von Moor- und Dehlandereien in Angriff genommen werden.

Abg. Bartschat (Dem.) beantragt, einen Vertrag von 80 Millionen Mark vorwiegend zur Unterstützung solcher Erwerbsloser zu verwenden, deren Unterstützungsdauer abgelaufen ist. Der Redner fordert weiter eine Summe von 80 Millionen Mark zur Erhellung von Klein- und Mittelwohnungen und zur Dehlandkultivierung.

Abg. Hädel (Komm.) verlangt Erhöhung der Mittel für die produktive Erwerbslosenfürsorge auf 500 Millionen Mark.

Ministerialrat Weiser meint, im kommenden Frühjahr werde voraussichtlich

unter den Bauarbeitern keine Arbeitslosigkeit herrschen; eher werde es an ausernten Arbeitern fehlen.

Die Beratung wendet sich dann dem Kapitel „Tarifverträge und Lohnbewegung“ zu.

Abg. Gof (Dntl.) stellt nach seinen Erfahrungen als Beisitzer im Schlichtungsverfahren fest, daß die Schlichtungsanstalten nur sehr kümmerliche Erfolge gehabt haben. Es sei ein verhängnisvoller Irrtum zu glauben, daß die Unternehmer irgend ein Interesse an niedrigen Löhnen hätten. (Lachen links.) Der Unternehmer habe ein Interesse an richtigen Löhnen. Was allerdings der richtige Lohn sei, wisse kein sterblicher Mensch, auch der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses nicht (!). Der Redner fordert Vereinfachung des § 6 der Schlichtungsordnung über

die Verbindlichkeitsklärung.

Der Arbeitsfriede werde durch diese Bestimmungen nicht gefördert, sondern nur gestört.

Abg. Aufhäuser (Soz.) wirft den Unternehmerverbänden vor, sie bemühten sich, nun sie wieder Boden unter den Füßen fühlten, soziale Reaktion zu treiben. Der Redner richtet heftige Anklagen gegen die Banken, die nach dem Geheimnis ihrer riesigen Inflationsgewinne nicht nur die Papiertheorie, sondern auch die Angelegenheiten eingetauscht hätten. Den auf die Straße gemessenen Ricumangeboten habe das Arbeitsministerium den Rat gegeben, sich nach Paris zu wenden. Warum habe man nicht denselben Rat gegeben, als es sich um die 700 Millionen Ruhrrentschädigung handelte?

Abg. Dr. Pfeffer (D. Vp.) erklärt, das System der Zwangsstarke Widerspruch dem System der Vertragsfreiheit. Redner weist die sozialdemokratischen Anklagen gegen die Arbeitgeberverbände zurück. Wenn man für den Zentraltarif eintrete, müsse man auch dem Arbeitgeber einen Rechtschutz angedeihen.

Abg. Stegerwald (Ztr.) bezeichnet es angesichts der Machtlosigkeit der Gewerkschaften als eine Staatsnotwendigkeit, daß von Staats wegen in das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern eingegriffen werde.

Abg. Schneider-Berlin (Dem.) betont die Notwendigkeit, die Gefährdung öffentlicher Interessen durch Arbeiterkämpfe zu vermeiden und weiter zu verhindern, daß die Lebenshaltung der Arbeiterkraft auf ein unerträgliches Niveau herabgedrückt wird. Der Redner beantragt, daß bei der Verbindlichkeitsklärung in Zukunft der Entscheidung des Schlichters eine Begründung beigegeben werden soll.

Um 6 1/2 Uhr wird die Haushaltsberatung unterbrochen. Die über die Beschlüsse des Ausschusses hinausgehenden Anträge in der Erwerbslosenfrage werden abgelehnt.

Es wird dann die zweite Beratung des

Wirtschaftsabkommens mit Siam,

bei der in der letzten Sitzung Beschlusnahmefähigkeit eintrat, fortgesetzt.

Zur Abstimmung steht der grundlegende Artikel 1, der die Zustimmung zu dem Abkommen enthält. Die Abstimmung ist namentlich. Abg. Koch-Weiser (Dem.) erklärt, es müßte durch die

namentliche Abstimmung festgestellt werden, ob die Deutschnationalen die Konsequenz aus ihrer Anschauung über den Vertrag ziehen und dagegen stimmen werden oder ob diesen Worten nur agitatorischer Wert beizumessen sei. (Lachen rechts.) Nichts schade dem Ansehen des Reichstages mehr als solche Worte. (Zustimmung links, Lachen rechts.)

Abg. Schula-Bromberg (Dntl.) erklärt unter lebhafter Anruhe der Linken, er wolle noch einmal feststellen, daß der Abg. von Freitag-Loringhoven nicht gelagt habe, der Vertrag verleihe gegen Ehre und Würde des Reiches, sondern er habe nur von einer Schädigung des Ansehens des Reiches gesprochen. Das sei etwas ganz anderes. (Lauter Gelächter links.)

Abg. Dittmann (S.): Die Deutschnationalen wollten in der Regierung bleiben und den Bürgerkrieg für ihre Zwecke ausnützen. Sie sollten jetzt aber auch gezwungen werden, Farbe zu bekennen. (Beifall links.)

Abg. von Freitag-Loringhoven (Dntl.), der unter lebhaften Zurufen der Linken empfangen wird, erklärt, daß die Haltung der Demokraten und Sozialdemokraten in der letzten Sitzung seine Freunde veranlaßt hätte, ihre Stellung zu dem Vertrag nochmals zu überprüfen. (Minutenlanges Gelächter links.) In seinem Gesamturteil habe Stresemann ihm schließlich zustimmen müssen. (Lebhafte Zustimmung.) Auf eine Ablehnung des Vertrages hätten demnach seine Gegner nicht gekocht. (Minutenlanges Gelächter in der Mitte und links.) Der Zweck seiner Rede sei gewesen, dem Auswärtigen Amt gegenüber dem Ausland den Rücken zu stärken. Es sei notwendig, daß eine große Partei im Reichstag tatkräftig darüber mache, daß die Interessen des Landes nicht gefährdet werden. Jetzt handelte es sich darum, daß unsere

außenpolitischen Beziehungen nicht zum Spielball parlamentarischer Leidenschaft gemacht werden. (Großes Gelächter links und in der Mitte.)

Deshalb hätten auch diejenigen seiner Freunde, die Gegner des Vertrages seien, sich entschlossen, dafür zu stimmen. (Schallendes Gelächter links und in der Mitte.)

Abg. Dittmann (Soz.) stellt unter Heiterkeit der Linken fest, daß die sozialdemokratische Erziehungsarbeit bei den Deutschnationalen Erfolg gehabt habe. (Lachen rechts.)

Abg. Koch-Weiser (Dem.) beantragt, die Rede des Abg. von Freitag-Loringhoven zum öffentlichen Anschlag zu bringen. (Große Heiterkeit.) So zynisch habe noch niemand die Verantwortungslosigkeit seiner eigenen Rede im Reichstag öffentlich dargelegt. (Unruhe rechts, lebhafter Zustimmung links.)

Abg. Graf Westarp (Dntl.) erklärt sich damit einverstanden, daß die Rede des Abg. von Freitag-Loringhoven zur weitesten Verbreitung im ganzen Lande angehängen werde. (Heiterkeit rechts.) Dem Volke müßten die Augen geöffnet werden über den Antisemitismus der Demokraten und Sozialdemokraten, in Fragen der Außenpolitik lediglich zu entscheiden nach in nennpolitischen und taktischen Rücksichten.

Die dann folgende Abstimmung ergibt die Annahme der Vorlage mit 244 gegen 129 Stimmen bei einer Stimmenthaltung. Dagegen stimmten die Sozialdemokraten, die Kommunisten und die Nationalsozialisten.

Die Vorlage wird darauf auch in dritter Lesung angenommen.

Darauf verlegt sich das Haus auf Dienstag mittag 2 Uhr.

Tagesordnung: Reichsarbeitsministerium, Schluß der heutigen Sitzung 7 Uhr.

Skandale auch in Frankreich.

(Eigener Dienst des Karlsruher Tagblattes.)

E. Paris, 8. Febr.

Die Kommission für die Bekämpfung der Spekulation hat gestern einen Bericht über die Liquidierung des deutschen Seawergerates in Elbaf-Lothringen angehängt. Der Bericht kommt zum Schluß, daß bei dieser Liquidierung ungeheure Unterschlagungen vorgekommen und daß die ergriffenen Sanftionen in den meisten Fällen lächerlich geringfügig gewesen seien.

Amerikanisches Gold für Deutschland.

Paris, 9. Febr.

Der „New York Herald“ berichtet aus New York über die Goldsendungen an Deutschland: Die vorgeschlagenen Goldsendungen der New Yorker Banken für Deutschland betragen 4500 000 Dollar, während die Gesamtsumme für die ganze Woche ungefähr 19 215 000 Dollar betrug. Die größte Lieberweisung, die gestern von der Firma Morgan und Co. erfolgte, betraf sich auf 2500 000 Dollar und war für die Reichsbank in Berlin bestimmt. Einziglich dieser Lieberweisung hat Deutschland bis jetzt von seinem 100 Millionen Dollar betragenden Kredit im ganzen 42 500 000 Dollar in Gold erhalten.

Anträge an den Badischen Landtag.

Ein weiterer Antrag der Zentrumsfraktion behandelt die Neubearbeitung der Verordnung vom 29. März 1924 zur Ausführung der Reichsverordnung über die Fürsorgepflicht.

Abgeordnete des Landtags haben eine Anfrage zur Verhaftung des Landwirts Josef Ehle in Wiberach bei Offenburg vorgelegt. In dieser Anfrage wird ausgeführt, der Landwirt Ehle sei am 26. Januar d. J. durch 20 Gewerkschaften seiner Berufsarbeit auf dem Felde ergriffen u. gewaltsam der psychiatrischen Klinik in Freiburg eingeliefert worden. Die Festnahme sei geschehen, trotzdem Ehle schwer leidend sei und die Aufhebung des Gestaltungsbeschlusses unter Vorlage eines ärztlichen Zeugnisses verlangt habe.



Graf Westarp,

der von den Deutschnationalen des Reichstags für den zum Innenminister berufenen bissherrigen Vorsitzenden Schiele, zum Fraktionsvorsitzenden gewählt wurde.

Die Sekretärin.

Von

Elisabeth Jossi.

So begann der Tag. Sie bildete sich frühmorgens ein, daß sie noch schlief. In Wirklichkeit aber wartete sie angestrengt auf das leise Klopfen des Mädchens. Sie brette leicht die Arme aus, wie um irgend etwas Beides, Heteres zu umhassen. An ihrem Bett aber stand nur der bleiche Tag. Er nahm sie unbarmherzig in seine Umarmung und riß ihr wie ein Wegelagerer alles herunter; dies schlaftrunkene Lächeln und die zaudernden Bewegungen ihrer Arme. Und statt des zärtlichen weißen Nachtgewandes warf er ihr die Arbeitsuniform hin und spornete sie zur Eile an. Sie öffnete den Mund ein wenig, als wolle sie um Hilfe rufen. Ach, niemand würde kommen und dies Geschehen an ihr begreifen.

Im Spiegel sah sie, daß sie doch noch jung war; anklagend durchschlugen ihre Augen diese gläserne Welt. Alles war so traurig und schwer. — Sie plätscherte in der Schale mit heftigem Wasser. Neben an lag ihre Nachbarin. Früher hatte sie mit ihr manchmal über ihr Innerstes gesprochen, mit einer leisen freundlichen Aufregung im Herzen, da sie wahrnahm, daß die andere sie verstand. Doch irgend etwas hatte diese Freundschaft zertrübt; sie wußte nicht was. Ihre Herzen hatten sich voreinander zugehoben und das Wärme und Offene war zwischen ihnen verschwunden.

Sie starrte aufmerksam und ernst auf die Wand, die sie von ihrer Nachbarin trennte. Warum rief jene nicht mehr wie früher beim leisen Plätschern des Wassers: Sind Sie schon aufgestanden? Und mit einer Art Reue dachte sie: Ich habe ihr von meinem Innersten gegeben und sie reicht mir ihre äußerste bittere Reue; und sie wünschte dieses kleine Vergehens, „Ich“ wieder an sich zu reißen, weil es ja doch da nebenan nicht mehr willkommen war.

Jetzt wurde es schon heller. Die gelben Blätter raschelten vor ihrem Fenster. Wieder begabete ihr im Spiegel ihr Gesicht, verdeckt in einer Hülle dunkelblonden Haars. Aber der morgendliche Wegelagerer riß ihr auch diesen Schmutz von den Schultern; flocht sie mechanisch in Zöpfe.

Fröhlich schloß sie ihr Haus auf. Ich bin nun einmal allein, dachte sie tapfer und tief ernst. Sie bildete mit anderen Menschen zusammen eine Insel auf der keinen Untergrundbahnstation. Und an allen Bahnhöfen dieselben Maulwurfschlagel arbeitender Menschen, die die Gräber der Stadt auswarf. Ihr Herz zog sich zusammen. Sie fühlte, daß sie in einem Trichter geraten war, aus dem sie vielleicht nie wieder herauskam. An Beispielen, die sich nicht auf sie anwenden ließen, erkannte sie, daß man es sich in diesem Trichter sogar wohl machen konnte, darin leben ein Leben lang. Sie hätte wieder um Hilfe rufen mögen. Aber beim Anblick eines Herrn im Monofel, der neben ihr saß, wußte sie, daß alles vergeblich sein würde. Ich bin verloren, dachte sie plötzlich fast kaltsblütig. Entschieden fielen ihr ein:

Auf einer Reife hatte sie vom Schlafwagen aus den Morgenhimmel wie ein zusammengebrochenes Notensblatt über sich erblickt. Allmählich entblätterte sich der Morgen, und die kleinen Wölchen zogen wie ein purpurnes Ballet über den Himmelsbogen. Sie aber lag in ihrem schaukelnden Bett und hingelächelt behaglich mit den Augen, während sich der eiserne Zug tiefer in die wunderschöne Landschaft einbog.

Ein anderes Mal hatte der Sturm aus dem Gipfel der alten Lärche ein Krächeln herbeigerufen. Da lagen die nackten abgehenden Tierchen und schrien lästlich. Man brachte den Tag damit zu, sie in einer alten Soldatenmütze über dem Köhnenberd aufzuhängen, um sie am Leben zu erhalten. Immer gab es etwas Liebes, mit dem man sich sozusagen in die Wädicke schlagen konnte, während das Leben draußen weiterrollte.

Aber jetzt waren diese Lebensferien zu Ende. Es gab nichts Eindeutigeres wie die Bürostunden. Und es gab nichts Eindeutigeres wie die Stenographie, die sie ja doch niemals begriff. Diese Stenographie lastete auf ihr wie ein Blick. Noch abends vor dem Schlafengehen übte sie sich darin. Sie erdachte Abfäzungen; so hatte sie zum Beispiel für das Wort „Verhältnisse“ ein Ausdruckszeichen erfunden. Ein anderer Mensch als sie hätte von dieser Methode unbedingt Nutzen gehabt. Sie aber schaute dies Ausdruckszeichen jedesmal einem Augenblick zärtlich an — es war doch mitten in diesen Bürostunden ein winziges Stückchen von ihr selbst! — Durch diese Begrüßung kam sie wieder in Ver-

jögerung, und alles war umsonst. Sie litt an der fixen Idee von einer nicht zu beherrschenden Unmöglichkeit im Beruf. Und unwillkürlich tat ihre Umgebung alles, um sie darin zu bestärken.

Doch nun rief sie aus, verließ den Schacht unter der Erde und stieg zu dem blauen Morgenhimmel empor. Da lag der alte Streichholzmann wie ein kleiner Gott der Oberwelt und lächelte sie freundlich — lenkt an. Sie identete ihm ihr Fröhlich und mochte den schwachen Versuch, vor sich selbst gut zu erscheinen. Doch ebe sie zu einem Urteil darüber kommen konnte, wurde sie schon ergriff von den schweren Portalen ihres Bürohauses. Pant und leer schallte ihr Schritt im Treppenhause; eben sagten ihr die Schreierfrauen freundlich guten Tag. Sie zog sich aus; nun war sie das, was in den Alten von ihr stand: Bürodame. Geduldig beantwortete sie den Ruf des Telefons, wickelte Gespräche und Auskünfte ab und verteilte dazwischen die eingelaufene Post.

Der Morgen schritt vorwärts. Ihr Chef kam, ein noch junger Mann, von einer immer etwas eifigen und interessierten Freundlichkeit. Die Botenjungen sprengten durch die Türen ein und aus, Besucher meldeten sich an, dazwischen das Klappern der Maschinen, die Worte schmiedeten. Sie fühlte sich selbst schon längst nicht mehr. Sie spürte nur, daß an irgendwelchen Fäden gewippt wurde und sich gleich darauf hin etwas in ihr in Bewegung setzte. So gar die Traurigkeit war von ihr gewichen, und sie lehnte sich wie seelenlos in das unfruchtbare Gelände dieses Dajeins hinaus.

Badisches Landestheater

Neu einstudiert: „Rienzi“.

Wagner hat den „Rienzi“ als Achtundwanzigjähriger geschrieben. Mit achtundwanzig Jahren feuerte Mozart bereits auf „Figaros Hochzeit“ los, hatte Beethoven schon seine ersten Sinfonien komponiert. Aber auch die frühesten Jugendwerke dieser beiden Meister wurden von einer hohen Kultur getragen, der Trivialitäten und Sentimentalitäten fremd waren. Wagner geriet leider in eine Verfallszeit von Oper und Musik, er mußte sich erst befreien. So fiel seine künstlerische Entwicklung in ein späteres Lebensalter, es hieß, die Gattung der „Großen Oper“ zu überwinden. Dazu hat sicher auch

der „Rienzi“, mit dem er Mennerbeer übertrumpfen wollte, mitgeholfen. Hier finden wir noch keine eigentlichen dramatischen Gestalten, aber schon der „fliegende Holländer“, sein nächstes Werk, hat sie, obwohl dessen Musik das romantische Wesen ebenfalls noch nicht ganz abgestreift hat. Der „Rienzi“ dagegen ist in Rhythmus, Melodieform und musikalischem Aufbau ganz und gar romantisch. Er wimmelt von Bonalitäten. Es hat seinen Sinn, vor dieser großen tragischen Oper und Richard Wagner den Vogel Strank spielen zu wollen. Eine gewisse Lebhaftigkeit des Pathos gewinnt, auch interessieren manche harmonischen Rühelheiten und instrumentalen Effekte. Die Ouvertüre, mit allen Hauptthemen der Oper besetzt, ist sehr wirkungsvoll. Aber wirklich paden kann die Musik dieses Werkes nicht mehr, so wenig wie das Schicksal seiner Personen. Es ist stark gealtert. Immerhin sieht und hört man die erste große Oper Wagners von Zeit zu Zeit immer gerne einmal wieder, namentlich wenn ihr eine so sorgfältige, wohl vorbereitete Neueinstudierung zuteil wird, wie es diesmal der Fall war.

Den Riesenapparat (es waren über 400 Mitwirkende) hatten sowohl Staatskapellmeister Alfred Lorenz wie auch Oberregisseur Hans Bussard vorzüglich gestaltet. Der Orchesterpart schwamm in Glanz, die Chöre klangen gut dynamisiert (sehr schön sang der Bass-Verlet unter der Leitung von Direktor Franz Pflüpp den Doppelchor im Lateran), und auf der Bühne leuchtete durch all den notwendigen Pomp frisches, warmblütiges Leben. Karbig und plastisch einbrudsvoll waren die Bilder Emil Burfards, erlesen die von Margarethe Schellenberg (sie hat gewiß keine leichte Arbeit gehabt) entworfenen Kostüme.

Rudolf Balve bot als Rienzi eine in Darstellung und Gesang ausgeglichene Leistung. Der Vortrag des Gebets war sehr verinnerlicht. Die Scene von Walle-Fang, gleichermassen durch Erfindung, Konfession und gutes Spiel ausgezeichnet, Franz Hedy-Fra-cema-Frage im manus glühvoll gehalten, unmittelbar wirkender Adriano, Dr. Hermann Wacheryfenias Colonia, Th. Henrich-Ostini, Christ. Vanders Legat, Hans-Bus-fards-Baroncelli, Fritz-Voichinger-Ceccodel Vecchio und Peter-Scherters-anmutender

Der Prozeß um die Pfälzer Wälder.

TU. Berlin, 10. Febr.

Der Himmelsbach-Prozeß wurde gestern wieder aufgenommen.
 Geheimrat Cunge war die Genehmigung zur Auslage verweigert worden, da er sich nach Paris zu Reparationsverhandlungen begeben mußte. Die Reichlichen Minister von Brenthano und Raab verlangten kommissarische Vernehmung in Darmstadt. Weitere wichtige Zeugen wie Regierungspräsident Dörner, Virsenfeld und Geheimrat Professor Dr. Schwappach-Eberswalde sind erkrankt.
 Vor Eintritt in die eigentliche Tagesordnung kommt es zu erregten persönlichen Auseinandersetzungen zwischen dem Privatkläger Dr. Himmelsbach und dem Beklagten Fernbach.

Zeuge Rechtsanwalt Wildberger-Maina befragt, daß er von einem Sonderhonorar der Firma Himmelsbach für den Abschluß von Geheimverträgen gesprochen habe. Es könne auch nicht die Rede davon sein, daß er sich durch ein Honorar zu Gunsten Himmelsbachs in seinen Aussagen habe beeinflussen lassen. Er habe Verträge auch nicht für die Firma Himmelsbach allein, sondern für mehrere Firmen abgeschlossen.

Rechtsanwalt Vogt: Aber doch nicht die Coup-Verträge.
 Zeuge Wildberger: Ich habe an keinem Geheimvertrag mitgewirkt und auch kein Sonderhonorar erhalten.

Reichstagsabgeordneter Hans: Wir werden beweisen, daß es sich doch um Geheimverträge handelt; wir werden die Zeugen dafür beibringen.

Wildberger erklärt sich dann bereit, über die Koblenzer Regierungsverhandlungen zu berichten, nachdem den amtlichen Vertretern die Genehmigung zur Auslage verweigert worden sei. Das Gericht beschließt demgemäß.

Der Zeuge berichtet zunächst über die technische Konferenz vom 22. Oktober 1924, die sich mit der Durchführung des Londoner Abkommens beschäftigte. In dieser Konferenz gab das französische Fortifikationsamt die Erklärung ab, daß es über die Angriffe gegen die an dem Vertrag beteiligten deutschen Firmen schon vorher zu viel größeren Abholungen entschlossen gewesen, und zwar habe man zwei bis drei Jahre hindurch jährlich 400 000 Hektometer abholn lassen wollen, wofür bereits ein starkes Angebot nicht-deutscher Firmen vorgelegen habe.

Rechtsanwalt Vogt sprach sein Erstaunen darüber aus, daß der Zeuge dem Gericht nur die Erklärung des französischen Fortifikationsamtes vortrage, die den schärfsten Widerspruch der deutschen Vertreter gefunden hätte. Durch solche Erklärungen solle die Firma Himmelsbach nur weiß gewaschen werden.

Der Beklagte Fernbach erklärt zu dieser Auslage ebenfalls, daß die Franzosen den Versuch gemacht hätten, Himmelsbach zu schaden.

Die Taktik der Franzosen sei dahin gegangen, alle die zu unterliegen, die ihnen bei ihrer Ausübung deutschen Eigentums schaden könnten. Zwei Tage lang hätten die Franzosen um eine Ehrenerklärung der Firma Himmelsbach vergeblich gekämpft.

Der Zeuge Wildberger bekennt weiter, daß in der fraglichen Sitzung überhaupt keine deutsche Erklärung erfolgt sei, wohl aber in der Sitzung zuvor, in der die Franzosen ausdrücklich eine mißbilligende Erklärung der Konferenz gegen die Pressekampagne beantragt hatten. Die

Franzosen hätten die Befürchtung ausgesprochen, daß durch solche Einwände gegen die vertragsschließenden Firmen auch die betreffenden Bestimmungen des Londoner Abkommens gefährdet werden könnten. Die deutsche Abordnung habe sich jedoch auf den Standpunkt gestellt, daß zu solchen Befürchtungen kein Anlaß vorliege.

Weiter bekennt der Zeuge, daß nach seiner Kenntnis Himmelsbach nach Fertigstellung der Verträge ihm gegenüber als die nächste Aufgabe bezeichnete, an die Regierung zwecks Eintritts in die Verträge heranzutreten. Er sei entrüstet gewesen, als er hörte,

Berlin habe diese Verträge noch nicht einmal sehen wollen.

Außerdem hätte der Vorsitzende des französischen Fortifikationsamtes seinen Zweifel daran geäußert, daß Paris in energischer Weise die Lieferungen aus den Coupverträgen verlange und daß es überhaupt als ein Entgegenkommen gegenüber den deutschen Firmen zu bezeichnen sei, wenn man mit ihnen Verträge abschließe, da genügend Angebote von französischen Firmen vorlägen. Himmelsbach habe deshalb von der Regierung verlangt, sie solle den Firmen wenigstens Kredit geben. Dann wäre der Wald stehen geblieben und man hätte den Franzosen mit diesen Krediten Dolz anderweitig verkauft. Aber auch darauf habe sich die Regierung nicht eingelassen.

Regierungsrat Dr. Rasper-Berlin widerspricht der Auffassung, als ob die Meinung Dr. Wildbergers auch diejenige der deutschen Regierungsvertreter gewesen sei.

Nach längeren Erörterungen über den Unterschied zwischen Bente und Coup ruft Regierungsrat Rasper dem Zeugen Dr. Himmelsbach sehr erregt zu: Glauben Sie etwa denn, daß nach dem Beginn der Koblenzer Verhandlungen die Firma Himmelsbach in der Pfalz noch einen Baum hätte schlagen können?

Bei der Volkswut wären die Arbeiter ein- und ausgeschlagen worden.

Dr. Himmelsbach: Das wäre uns egal gewesen (1), denn die Regierungen haben uns so und so kaputt gemacht.

Reichstagsabgeordneter Dr. Beder: Durch wen ist denn diese Volkswut erzeugt worden, durch Herrn Fernbach?

Fernbach: Nein, durch die Waldschlächtere! Regierungsrat Dr. Rasper-Berlin: Jedenfalls möchte ich feststellen, daß sich seitens der Firmen nicht der geringste Widerspruch erhob, als wir bei Beginn der Vergleichsverhandlungen zunächst verlangten, daß die Fällungen sofort eingestellt würden.

Ministerialrat Mantel-München antwortet auf eine Frage Dr. Himmelsbachs, welcher Unterschied zwischen Bente und Coup bestehe, bei beiden handle es sich natürlich um Holzschläge.

bei Coup aber um ausgedehnte Bestände, und zwar um die besten Eichenforsten der Pfalz.

Dr. Himmelsbach: Es war eben ein Fehler der Landesregierung, daß sie nicht in Verträge eingetreten sind und den Firmen keinen Erlös aus dem unbesetzten Gebiet geliefert haben, das sie das nicht getan haben, sonst würde diese Verhandlung vielleicht so anders stattfinden. (Große Bewegung im Saal.)

Dr. Beder: Wäre es Ihnen lieber gewesen, die Firma Himmelsbach schlägt 40 000 Hektometer oder die Franzosen schlagen 80 000 Hektometer?

Ministerialrat Mantel: Nein. Sie hatten doch nicht in die Verträge eingetreten, dann wäre unferes Erachtens fast gar nichts gefüllt worden. Ein hoher französischer Fortifikationsbeamter soll selbst geäußert haben,

die Franzosen wären nicht in der Lage gewesen, diese ungeheure Holzmenge in der kurzen Frist von acht Wochen zu fällen.

Dr. Beder: Die Franzosen hätten doch schon zwei Millionen Hektometer gefällt. Ministerialdirektor Mantel: Nein. Sie hatten sie auf dem Stamm verkauft.

Der Zeuge stellt u. a. noch fest, daß Himmelsbach für den Hektometer auf dem Stamm nur 10 M bezahlt habe. Welche Beträge aus den Coupschlägen dem Reparationskonto gutgeschrieben seien, lasse sich nicht feststellen.

Als der Zeuge betont, daß die bayerische Regierung von den vertragsschließenden Firmen im Klaren gelassen worden sei, warf der Prokurist Werner ein, daß

auf besonderes Verlangen der Franzosen und Belgier die deutschen Regierungen über den Inhalt der Verträge nicht unterrichtet werden sollten.

Im weiteren Verlauf seiner Vernehmung kam der Zeuge Mantel auch auf die Verhandlungen zu sprechen, die im Dezember v. J. zwischen der bayerischen Regierung und den Vertretern der Firma Himmelsbach wegen der Waldverwüstungen in der Pfalz eingeleitet worden wären. Zeuge hat selbst bei diesen Verhandlungen das Vorgehen der beteiligten Firmen als

die schärfste Tat bezeichnet, die seit dem Friedensschluß in Deutschland vorkommen sei.

Zu einer Einigung sei man damals nicht gekommen.

Dr. Himmelsbach: Ist Ihnen nicht bekannt, daß aus diesen Verträgen Gutachten für das Deutsche Reich auf Reparationskonto geführt sind?

Zeuge Mantel: Soweit ich weiß, ist das nicht der Fall.

Regierungsrat Rasper: Tatsächlich ist nicht ein einziger Posten des Ruhrkampfes ausgeschrieben worden.

Dr. Himmelsbach: Dann sind diese Beträge irgendwo ausgeblieben worden. Jedenfalls haben wir im guten Glauben gehandelt, daß sie angerechnet werden.

Die Debatte über die Sicherheitsfrage.

WTB. London, 9. Febr.

Der „Observer“ meldet aus Paris, es werde allmählich erkannt, daß die Sicherheitsfrage zum größten Teil von der Wiederaufnahme der Beziehungen mit einem Deutschland abhängt, das nicht länger als ein geschlagener Feind, sondern als eine Macht, die tun könne, was ihr beliebt angesehen werde. Man sei der Ansicht, daß die augenblickliche Haltung Großbritanniens in der Sicherheitsfrage der Gedanke an eine Art gegenseitiger Garantie der Nationen Westeuropas sei, in einer Form, die nicht so weit gehe, als das Genfer Protokoll und bei der die Grenze Osteuropas und daher Polen unberücksichtigt gelassen werde. Man glaube, das Motiv Großbritanniens bei seinem Anerbieten einer solchen Garantie der Union sei, Frankreich den Vorwand zu einer dauernden Festschließung an Rhein zu nehmen und außerdem ein französisch-deutsches Sonderabkommen zu verhindern. Frankreich werde jedoch hart und effektiv getroffen, selbst wenn die Organisation einer der-

artigen Kontrolle dem Völkerbund anvertraut und auf eine Curmilitarisierung beschränkt werde. Sämliche auch versucht werden, Polen in die Garantien einzubeziehen, obgleich in polnischen, insbesondere radikalen Kreisen bereits zugegeben werde, daß der Danziger Korridor eine unaltbare Anomalie ist. Wenn Deutschland irgend etwas zuzusetzen werden solle, so sei dies die Rückerrichtung seiner Kolonien, oder eines Teils davon durch Großbritannien, und es werde erklärt, daß der Friede Europas gefördert werde, wenn der zunehmenden deutschen Bevölkerung eine solche Sicherheit geboten würde.

Verschiedene Meldungen

Französische Wagonbestellungen an Deutschland auf Reparationskonto.

TU. Paris, 9. Febr. Nach einer Meldung der „Frankfurter Zeitung“ beabsichtigt bekanntlich die französische Regierung, in Deutschland größere Mengen rollenden Materials für die französischen Eisenbahnen auf Reparationskonto zu bestellen. Nach dem „Journal Industriell“ handelt es sich dabei um 770 Güterwagen für die Nordbahn und 3000 Wagons für die übrigen Gesellschaften. Der endgültige Aufschlag wird erteilt werden, sobald die zwischen den Direktoren der Gesellschaften und dem Fiskus über die Modalitäten der Zahlung eingeleiteten Verhandlungen abgeschlossen sind, was bereits für die nächsten Tage zu erwarten sei.

Ankunft der „Budau“ in Kiel.

TU. Kiel, 9. Febr. Das Motorschiff „Budau“, das Donnerstag nachmittag 5 Uhr mit einer für Schottland bestimmten Holzladung von Danzig auslief, ist nach 68stündiger Fahrt Sonntag mittag 1 Uhr in der Kieler Bucht eingetroffen. Die Verzögerung — man hatte die „Budau“, die für die Fahrt von Kiel nach Danzig 44 Stunden benötigte, bereits am Samstag nachmittag erwartet —, erklärt sich aus den Stürmen der letzten Tage. Namentlich am Freitag und Samstag hatte das Schiff schwere Böen aus Nord-Nordost zu bestehen, bei denen die Motoren nicht in Tätigkeit treten konnten. Sturzseen schlugen über Deck, und das Schiff schlingerte heftig, ohne aber ernstlich in Gefahr zu kommen. Auch ein Schneesturm am Samstag wurde gut überstanden.

Familien drama.

WTB. Frankfurt a. M., 9. Febr. Ein blutiges Drama trug sich in der Nacht zum Sonntag im Hause Kleine Rittergasse 16 in Sachsenhausen zu. Der dort wohnende Eisenendreher Hans Arends lebte seit langer Zeit mit seiner Frau und seinen drei 17-24jährigen Söhnen in Unfrieden und beehrte keine Angehörigen fortgesetzt mit Gewalttätigkeiten. Gegen 2 Uhr nachts brach der Vater mit einem schweren Schraubner bewaffnet in das Zimmer der Söhne und ging sofort zu Gewalttätigkeiten über. In der größten Notwehr rüft der älteste Sohn nach einer Waffe und gab auf den Vater mehrere Schüsse ab, die sofort tödlich wirkten. Die Kriminalpolizei, die sogleich alarmiert wurde, nahm den jungen Mann vorläufig in Schutzhaft.

Wanzen, Mäuse, Käfer, Ratten,

Motten vertilgt unter Garantie die leistungsfähigste Anstalt

D. V. g. U. Anton Springer, Ettlingerstraße 51, Tel. 2340.

Friedensbote, zeigten samt und sonders künstlerische Qualität.

Ein Schauspiel und ein Genuß für sich war der Gladiatorenkampf, ausgeführt von Mitgliedern des Karlsruher Männer-Turnvereins, einstudiert von Balletmeisterin Wini Paine.

Der Beifall lagte schon nach der prächtig gezielten Ouvertüre ein und schwoh von Akt zu Akt an. Zum Schluß wurden die Solisten mit Alfred Lorenz und Hans Buschard oftmals vor den Vorhang gerufen.

Konzertmeister Heinrich Deede †.

Am vorigen Samstag starb nach kurzer Krankheit im Alter von fast 80 Jahren der ehemalige langjährige Konzertmeister der Karlsruher Oper: Heinrich Deede. Mit ihm ist ein Musiker dahingegangen, dessen Haupttätigkeit in die Blüthezeit des Karlsruher Musiklebens, die Vera Mittel fiel. Von Geburt Hannoveraner genoss der für das Violinspiel ungewöhnlich Begabte zuerst den Unterricht Joachim's, zu der Zeit, als dieser noch Konzertmeister in Hannover war. Zu jener Zeit kam er auch mit Spohr in Berührung. Dann ging Deede nach Leipzig, um bei Ferdinand David sich die letzte violinstimmliche Ausbildung zu holen. Von Münster, wo der junge Künstler das Amt eines Konzertmeisters bekleidete, kam er 1867 als Sologeiger mit dem Titel eines Kammermusikanten nach Karlsruhe. Als 1880 Karl Will von dem Posten des Konzertmeisters zurücktrat, übernahm Deede dessen Stelle, indem er zugleich die bisher von Will geleiteten Kammermusikszene weiterführte. 35 Jahre stand er an der Spitze des Karlsruher Streichquartetts. Durch die zahlreichen Kammermusikabende, die er mit ihm veranstaltete, hat er sich ein unvergängliches Verdienst um das Karlsruher Musikleben erworben. Als Sologeiger trat er nicht nur in Karlsruhe, sondern auch in ersten Musikstädten wie Leipzig, Frankfurt a. M. u. a. mit großem Erfolg auf. Im Jahre 1908 ließ sich Deede als Konzertmeister pensionieren, behielt jedoch seine überaus fruchtbare Lehrtätigkeit bei, die er bei erkrankten, körperlicher und geistiger Spannkraft bis unmittelbar vor seinem Tode fortsetzte. Deede war ein tüchtiger Repräsentant des abgegangenen deutschen Musiklebens, das von Spohr ausgehend, in David und Joachim sich fortzupflanzend, in ihm einen Verehrer der

künstlerischen Grundzüge dieser großen Geiger gefunden hat. Von seinen zahlreichen Schülern sind in der Musikwelt bekannt: der gegenwärtige Konzertmeister der Karlsruher Oper Ottomar Voigt, die Geigerinnen Margarete Voigt-Schweitzer in Karlsruhe und A. Dreuss in Berlin.

Mitteilungen des Badischen Landestheaters.

In seinem Jugendwerk, dem vieraktigen Drama „Frau Barrens Gewerbe“, das am Mittwoch, den 11. Februar in den Kammerspielen des Künstlerhauses zum erstenmal zur Aufführung kommt, ist Fernbach Shaw noch nicht zu der überlegenen Fronte seiner späteren Schaffensperiode durchgedrungen. Der große Feind und skeptische Entlarver aller Pathetik wahrte seinem ernsten Thema gegenüber noch vollkommen das sittliche Pathos des Anklägers gegen Bürgertum und Aristokratie seiner Heimat, deren heuchlerische Moral sein bitterer Angriff gilt. Und nur in dem pittoresken Umfange, daß es gerade die kuppelartige Heidin seines Stücks und ihr komische Kind, denen er diese Anklagen gegen die kapitalistische Gesellschaft in den Mund legt, besonders aber in dem losen Akt des jungen Frank, kündigt sich der geistreiche Spötter an, als den wir den Dichter in seinen späteren Werken kennen. Wohl ist dieser Konflikt zwischen einer verworfenen Mutter und einer sittenreinen Tochter keineswegs neu. Das französische Theaterspiel hat ihn vor Shaw schon mit meisterhafter Technik zu behandeln verstanden. Der britische Dramatiker aber hat ohne Frage den alten Vorwurf in neue, eigentümliche Beleuchtung zu rücken gewußt.

Heinrich Heines Spiel um die Ehe in vier Akten: „Die Brautwerbung“ geht am Mittwoch, dem 11. Februar, zum fünftenmal in Szene. Am Freitag, dem 13. Februar, erfährt Georg Kallers verfallende Komödie „Kollportage“ bei unverminderter Zugkraft bereits ihre achte Aufführung. Den Beschluß der Woche bildet die für die Hochschulen neu einstudierte Selbstaufgabe „Lumpazivagabundus“ oder das liederliche Klebblatt von Joh. Nepomuk Restrow, deren unverwundliche Wirkung sich nun fast schon ein Jahrhundert bewährt und die unter den allseitig gerne gesehenen Theaterstücken unsterblich zu den beliebtesten zählt.

Im Konzerthaus geht am Sonntag, dem 15. Februar, Eugene Erlens „Das Glas Wasser“ zum drittenmal in Szene.

Carl Engler †.

Am Samstag, den 7. d. M. ist Erlens, Wirklicher Geheimrat Rat Dr. phil. Dr.-Ing. h. c. Carl Engler, emer. Professor der Technischen Hochschule Karlsruhe, im Alter von 88 Jahren sanft entschlafen.

Zu Weisweil (Wald Emmendingen) am 5. Januar 1842 als Sohn des Pfarrers Engler geboren, promovierte Carl Engler im Jahr 1864 als 22jähriger an der Universität Freiburg. Bereits 1867 habilitierte er sich an der Universität Halle als Privatdozent der Chemie, wurde daselbst 1872 etatmäßiger außerordentlicher Professor und folgte 1876 dem Ruf als ordentlicher Professor an die damalige Polytechnische Schule zu Karlsruhe, wurde 1885 zum Hofrat, 1888 zum Geheimen Hofrat, 1896 zum Geheimen Rat zweiter Klasse und 1912 zum Wirklichen Geheimen Rat mit dem Prädikat „Erlens“ ernannt.

Auf 1. September 1919 erfolgte seinem Ansuchen entsprechend die Veretzung in den Ruhestand, nachdem er an der Friedrichsiana 43 Jahre lang eine von Erfolgen reich gesegnete Lehrtätigkeit ausgeübt hatte. Wenn auch der greise Gelehrte, ein Fürst im Reiche der Chemie, mit dem Sommersemester 1919 seine Tätigkeit als Professor an der Technischen Hochschule im 78. Lebensjahre niederlegte, so konnte das Ministerium es sich doch nicht verlagern, ihn auch im Ruhestand als Mitglied des Großen Rates im Verband der Hochschule zu belassen.

Mit Engler ist eine wissenschaftliche Größe dahingegangen, der die Karlsruher Hochschule zum nicht geringen Teil ihr Aufblühen zu verdanken hat, ein Mann von seltener Energie und Arbeitskraft, dessen Wirken von hervorragenden Erfolgen gekrönt war. Dreimal, nämlich in den Studienjahren 1883/1884, 1889 bis 1890 und 1898/1899 war Engler durch das Vertrauen seiner Kollegen zum Rektor der Technischen Hochschule Karlsruhe gewählt worden. Aber auch außerhalb der Friedrichsiana entfaltete der Unermüdete eine rege Tätigkeit. Von 1887-1890 war er Mitglied des Reichstages und von 1890-1904 Abgeordneter zur I. Kammer der badischen Landstände.

Es würde zu weit führen, in dem heute gegebenen Raum der Bedeutung dieses großen Gelehrten gerecht zu werden. Das „Karlsruher Tagblatt“ behält sich eine Würdigung durch eine sachmännliche Feder vor.) Unübersehbar ist die Liste der wissenschaftlichen Arbeiten, die in Buchform oder als Einzelveröffentlichungen aus seiner Feder hervorgegangen sind. Ein besonders bedeutames Gebiet bildet die Chemie der künstlichen Farbstoffe, welche den Grundstock zu einer der größten Industrien Deutschlands geliefert hat und Engler eine Synthese der Indigo verdankt. Noch mehr aber hat sich Engler den berühmten Namen durch seine zahlreichen Arbeiten über das Petroleum erworben.

Wenn auch nur eine kleine, engere Auswahl getroffen werden soll, so darf doch nicht unerwähnt bleiben das große Handbuch des Erdöls, herausgegeben von Engler und Höber unter Mitwirkung zahlreicher Fachmänner. Durch die Entdeckung der Radioaktivität war auch für Engler ein neues Gebiet erschlossen worden. Die zahlreichen Quellen des Landes wurden von ihm auf ihren Gehalt an Radium untersucht.

Aber nicht nur als Forscher, sondern auch als akademischer Lehrer zählte Engler zu den Allerbesten und war als Lieblingslehrer der Studierenden in höchstem Maße geschätzt. Jahrzehntelang war er Vorsitzender des Naturwissenschaftlichen Vereins, der unter seiner Leitung mächtig emporblühte.

Von den Technischen Hochschulen Berlin, Darmstadt und München war er zum Doktor-Ingenieur ehrenhalber und von der Technischen Hochschule Karlsruhe zum Ehrenbürger ernannt worden.

Die Friedrichsiana beklagt in dem Dahingegangenen einen Gelehrten, dessen in der ganzen Welt wohlbegründeter Ruhm auf diese zurückzuführen, einen echt deutschen Mann, der nicht nur mit seltener Pflichttreue seinem Berufe dienete, sondern auch in seinem Eifer für das Amt, mit dem er sich ganz verwichen fühlte, sich nie genug tun konnte.

So hat ein arbeitsreiches, mit seltener Erfolge gekröntes Leben seinen harmonischen Abschluß gefunden. Das Andenken Carl Englers wird bei der Technischen Hochschule Karlsruhe immer in hohen Ehren stehen.

Badisches Landestheater

Dienstag, den 10. Februar 1925, 7 bis 10 Uhr (6.-M.)
E. 16; E. H.-Gem. 1901-1900, Volksb. Sond.-Gr.
Infolge Erkrankung von Marie Fong hat „Intermezzo“
Mignon.

Schützengesellschaft Karlsruhe E.V. gegründet 1721

Mittwoch, 11. Februar 1925

Maskenball

Der Rest der Eintrittskarten wird ausgegeben:
Dienstag und Mittwoch, bis nachmittags 4 Uhr,
für Mitglieder bei **Heinr. Paar**, Juwelier,
Kaiserstraße 78, für Nichtmitglieder bei **Wilh. Zeumer**,
Großkürscherei, Kaiserstraße 125,
E. P. Nicke, Zigarrenhandlung, Kaiserstr. 215
Der Verwaltungsrat.

Harmonium

2 Reg. Mk. 220,-
9 Reg. Mk. 275,-
13 Reg. Mk. 380,-

Zahlungsanleihe
Frankfurterlehnung

Pianohaus Lang
Kaiserstr. 167 / Tel. 1078
Salamanderschuhhaus

Gute BINDER für Damen

sehr gesund u. äußerst wohlthuend im Gebrauch

CARL ROTH
BROGIER TEL. 1903 508

Honig

Blüten-, Schleuder-, oder rein 100% Blüthenfrucht
100% 10.50, etwas dunkler
100% 11.00, halbe 11.60
Nachnahme 50 Pf. mehr
Kaiserlicher Vehrer em. Ober-
nenland 187. St. Bremen.
Gebirge - Bienen - laut
Bereitete.

Univer- Inim

Bildet, weicher, Blüten
schmelzen sehr schnell,
man kann abends den
Schaum v. Zucker's Patent-
Medizin-Selle eintröpfeln
läßt Schweiß morgen
abwischen u. mit Jacken-
Crema nachschöpfen. Groß-
artige Wirkung v. Tausenden
befähigt. In allen Apothek.,
Drogerien, Parfümerie- u.
-Kiosken erhältlich.

Bad. Luftfahrt - Ausstellung
Verlängerung
bis einschl. Donnerstag, 12. Febr.

Mittwoch, 11. Februar, abends 8.30 Uhr
LICHTBILDER-VORTRAG
des Altmeisters u. Gründers der Flugtechnik
GUSTAV LILIENTHAL
über: „Vogelflug und Menschenflug“
Donnerstag, 12. Februar
BESUCH des Reichskanzlers Dr. LUTHER
in der Ausstellung

Der 3000ste Besucher erhält ein
neues Evans-Motorrad!

Jeden Abend ab 7 Uhr:
FILM-VORFÜHRUNG
des Spitzbergenfilms des 2. 3. 126 und
Wie entsteht ein Flugzeug

Oberhemden nach Maß

Feinste Stoffe | Erstklassige Verarbeitung
Geben Sie jetzt schon Ihre Aufträge,
damit Sie rechtzeitig bedient werden.

Rud. Hugo Dietrich
Ecke Kaiser- und Herrenstraße

Ge'angverein & Icherbund.

Die verehrl. Mitglieder werden zu
der Diens ab. den 10. Februar,
abends 8 Uhr, im Goldenen
Adler' Kaffeehaus

General-Versammlung
eingeladen.

NB. Samstag den 14. Februar, 10 Uhr, im
gleichen Lokal **humoristischer Vortragsabend**
mit S. 2.

Möbel-Schweitzer

stadtbekannt für Qualitätsware u.
doch sehr billig.

Großes Lager in eichenen Schlaf-
u. Speisezimmern, Einzelmöbeln usw.
Kein Laden. Zahlungs erleichterung.

Mühlburg, Lameystraße 51.

Chasalla-
Normal-Stiefel

ist die vollkommendste, naturgemäße
Fußbekleidung.

Stiefel mit Gewölbestütze
Bailen- u. Weitschaftstiefel
für empfindliche Füße.

Schuhhaus Freyheit
117 Kaiserstraße 117

Palast-Lichtspiele

Herrenstraße 11 KARLSRUHE Telefon 2502

T ä g l i c h
die größte Filmschöpfung
der Welt in
10
spannenden
Akten

mit
Emil Jannings
in der Hauptrolle

Anfang der einzelnen
Vorstellungen: pünktlich
3.30 Uhr, 5.20 Uhr, 7.10,
und abends 9 Uhr

Für Brautleute!

Schlaf-, Speise- u. Herrenzimmer, Küchen-
Einrichtungen, (mod., hübsche Formen),
Einzelmöbel, Polsterwaren, Betten etc.
Gute Arbeit und billigste Preise.
Zahlungs erleichterung. — Besichtigung erbeten.

Möbelhaus Karl Epple

Steinstraße 6 Te'ophon 1581

Zuschneideschule Johanna Weber
Hirschstraße 28

Oeffentliche Anerkennung!

Die unterzeichneten Schülerinnen möchten nicht versäumen Fräu-
lein Weber herzlich zu danken für die sehr gute Art und Weise ihres
Lehrens in der neuen Zuschneidemethode.

Das von Frä. Weber selbst erfundene neue Zuschneidesystem ist sehr
praktisch und sehr gut ausgearbeitet. Wir können Frä. Webers Lehr-
methode nur bestens empfehlen: Frau Schwarz, Frau Schüssele, Frau
Klinger, Marie Hangs, Luise Huber, Anna Curtare, Marie Benz, Eise
Egel.

Jeden Monat am 1. beginnt Zuschneide-Kurs.

Am 16. Februar beginnt Abend-Zuschneide-Kurs!

Das Rätsel von Wildenwarth

Roman
von
Matthias Pfant.
(Urheberrecht durch Stuttgarter Romanzentrale
G. Ackermann, Stuttgart.)

(18) — (Nachdruck verboten.)

Die Augen des Direktors schienen von dem Gesicht des Conte nicht mehr zu weichen, als suchten sie darin die Schwäche eines unwillkürlichen Zugeständnisses. „Auf diesen Vorschlag hatte der Kriminalinspektor eine Antwort, der ich allerdings zustimmen mußte; er meinte, bis zur eigentlichen Entdeckung habe der Dieb reichlich Zeit gehabt, die gestohlenen Perlen anderswo, außerhalb des Hotels, in Sicherheit zu bringen. Das ist doch wichtig! Der Dieb hatte unterdessen sogar noch einen Mitschuldigen verständigen können. Denken Sie nicht auch, Conte?“ — „Ich weiß es nicht! Ich möchte nur wünschen, daß die Verhute der Polizei zu einem Erfolg gelangen.“ — „Ich glaube fest daran, ganz zuversichtlich, daß die Spur heute noch aufgenommen wird, daß es dann allerdings eine noch größere Überraschung geben dürfte.“ — „Um so besser!“

Der Oberleutnant antwortete nur mit schnarrender Stimme, während er sich die Schnurrbartenden strich: „Ich für meine Person habe kein übermäßiges Vertrauen auf die Herren von der Polizei. Sie wissen ja: Kleine Diebe häut man; die zwei Burischen hat man gepackt, die ja nur von einem Klügleren düpiert wurden.“ — „Diesmal kann es doch anders kommen.“

Der Kammerherr v. Elmeneude, der sich nur selten an so lebhaften Auseinandersetzungen beteiligte, richtete sich etwas in seinem Korbsessel auf, zwinkerte und erklärte darauf, wobei er sein barfüßiges Gesicht mit der faltigen, lederartigen Haut mehr Frau Sabine zuwandte, als wollte er ihr erzählen: „In der Regel enden solche Fälle wie das berühmte Hornberger

Schloß, zuerst viel Lärm und Sensation, dann Stillschweigen. Und die Deute kommt nie zum Vorschein. Mich erinnert das alles an einen Diamantendiebstahl im Grandhotel in Ostende. Dort hat ein Hoteldieb mit geradezu verwegener Kühnheit die Juwelen aus dem Familienschmud einer Großfürstin gestohlen. Da war Lärm und Sensation wie hier. Am Ende blieben aber die Juwelen doch gestohlen und niemand wußte was von einem Dieb, trotzdem man dort wie hier die Sicherheit haben wollte, der Dieb müsse unter den Gästen des Hotels gewesen sein.“

Frau Sabine von den Bruden lachte dazu: „Dann sind Sie hier eigentlich wenig überrascht worden, Herr Baron?“ — „Nein! In solchem Falle ist man wehrlos. Schließlich muß man noch sich selbst mißtraulich im Spiegel ansehen!“ Der Oberleutnant protestierte darauf in lebhaftester Art: „Das ist denn doch übertrieben. Daß der Dieb nicht unter uns sein kann, daran werden wir doch glauben.“ Eine Weile war es still, wobei Direktor Rother mit aufeinandergeklippten Lippen auf den Conte schaute, der aber diesen Blick nicht beachtete.

Der Kammerherr entgegnete zuerst darauf: „Jeder Verdacht kann dabei auftauchen. Ich erzählte es schon: In Ostende habe ich das erlebt. Da sollte auch jeder der Dieb der verschwundenen Diamanten sein. Ich war dort in Gesellschaft einer eleganten lebenswürdigen Frau, einer Baronin von Henking.“ Er beugte sich leicht zu Frau Sabine. „Meine Gnädigste, die Frau Baronin hatte eine geradezu auffallende Ähnlichkeit mit Ihnen, ebenso schön, stolz, vornehm und diskret.“

„Herr Baron, Sie wollen diese Ähnlichkeit ja nur benutzen, um mir diese Hofflichkeiten zu sagen.“ — „O nein! Die Ähnlichkeit ist wirklich staunenswert, daß ich immer wieder in Verhütung geraten könnte, Sie Frau Baronin zu nennen.“ — „Wie Sie es schon einmal taten.“ — „Ja! Sie haben dieselben gleichen bewundernswürdigen Züge, dieselbe elegante und doch zurückhaltend vornehme Art.“ — „Kein Wort mehr weiter, Herr Baron. Ich bin bereits Mama und habe eine große Tochter.“ — „Oh, allerdings, die Frau Baronin von Henking war allein.“ — „Am Ende traf damals in Ostende auch diese

schöne Frau ein solcher Verdacht, von dem Sie uns erzählten?“ — Aber meine Gnädigste, daran war nicht zu denken; ebensogut könnte man schließlich Sie zur Diebin machen. Nein, nein!“

Der Oberleutnant antwortete darauf: „Das möchte ich auch voraussehen; auch nur ein Atom des Verdachts wäre für mich eine Ehrenangelegenheit.“ — Hellfingend löste über die Stimmen das Lachen der schönen Frau. „Ich danke, meine Herren, für das Vertrauen! Aber Herr Direktor Rother scheint nicht so sehr überzeugt zu sein.“ — „Gnädigste Frau, wir können Sie das sagen!“ wehrte sich Arnold Rother. „Niemand könnte ich daran denken, denn eher müßte ich noch mich selbst für den Dieb halten.“

Vielotte hörte teilnahmslos auf dies Gespräch; ihr selbst galt doch kein Wort; auch die Nachricht von den Perlen hatte kein Interesse für sie. Ihre Augen suchten nur den Conte; mit ihm hätte sie allein sein mögen, ohne aber doch ein Wort oder gar eine Frage zu wagen, die ihn an ihre Seite gerufen hätte. Immer war es nur Mama, der alles galt, die alle fesselte und alle zu sich zwang. Weshalb war sie selbst nicht auch so schön und begehrt? Und sie hätte es doch nur um des einen willen sein mögen, der aber kaum auf sie blickte, der ihr so zerstreut vorfam, der sich selbst mit Gedanken zu quälen schien. Wie gerne hätte sie ihn danach gefragt, wie gerne auch geholfen, wenn ihr das nur möglich gewesen wäre. Ihr Ketter! In ihren Gedanken nannte sie ihn nicht anders.

Vielotte von den Bruden war froh, als die Gruppen in dem großen Gesellschaftszimmer sich wieder auflösten, als die Gäste gingen, oder das kleine Sommertheater aufzusuchen, oder sich auf das Zimmer zurückzuziehen. Die vielen Menschen empfand sie bedrückend; trotzdem nun schon zwei Jahre seit dem Tode ihres Vaters, dessen verdrägen waren und sie seit beinahe der gleichen Zeit mit Mama nur in solchen großen Hotels und in den verchiedensten Städten gelebt hatte, war ihre Befangenheit und Scheu vor dem Lärm doch nicht gewichen. Vielotte war zufrieden, als sie auf ihrem Zimmer sein konnte; dort durfte sie wieder träumen und Luftschlöffer bauen.

Aber diesmal beengten sie auch die Wände. Wenn sie einen Spaziergang machte? Allein! In irgendeine stille Gegend. Mama machte sich für den Abendessen noch ein Schläfchen. Auf diesen Entschluß folgte bald die Ausföhrung, denn in all ihrer Erwartung war ja die geheime Hoffnung, daß sie gerade auf einsamen Wegen ihm wieder begegnen könnte. Aber so eifrig ihre Augen dabei suchten, sie entdeckte die Gestalt nirgend, die sie auf jede Entfernung erkannt hätte. Nicht mehr die Schönheit der Natur war es jetzt, die sie suchte, nicht mehr die Stille zu eigenen Träumen, nicht mehr die Einsamkeit, sondern ihn wollte sie finden. Ihn allein, damit er nicht wieder anderen gehehrte. Aber so rasch sie auch ging, immer in der Hast, überall hinzugelangen, um so möglichst vielen Orten zu sein, nirgend entdeckte sie die gesuchte Gestalt.

Sie empfand darüber fast ein schmerzliches Gefühl wie über etwas Verlorenes. Wie hatte sie sich getrennt! Wie schön hatte sie es sich ausgedacht, wenn sie wieder auf einsamen Wegen sein würden. Da es zu dümmern begann, so mußte sie nach dem Hotel zurückkehren, denn Mama hielt sich genau an die bestimmten Zeiten. Um rascher hinzukommen, suchte Vielotte den schmalen Fußweg auf, der über eine Wiese und durch hohe Hecken von Brombeersträuchern an der Rückseite mehrerer Villen vorbei zur Autogarage des Badehotels führte. Damit kürzte sie den langen Promenadenweg. Im Westen verblomm in kupferarbenem Glühen die Abendsonne.

Schon sah Vielotte den, weiten Bau des Hotels vor sich, als sie mit einem Male wie gelähmt stehen blieb; so plötzlich geschah es, als wäre sie gegen ein unsichtbares Hindernis gerallt. Ihre Augen starrten; sie wagte kaum zu atmen. Deutlich sah sie zwei Gestalten einander gegenüberstehen; und das waren Mama und er! In dem kleinen Rondell mit dem Sommerpavillon fanden sie, hochaufgerichtet Frau Sabine, in deren Haar etwas der Abendwind spielte, und Leo Conte Castellan, über dessen Antlitz eben noch die letzten Strahlen hujäten.

(Fortsetzung folgt.)

Aus dem Stadtkresse

Rückblicke vom Tage.

Dienstag, 10. Februar.

Kurfürst Friedrich II. von Brandenburg, als Bezwingler der ihm feindlich gesinnten Städte unter der Bezeichnung „der Eiserner“ fortlebend, ward am 10. Februar 1471 vom Tode obgerufen. 1413 geboren, regierte er von 1430 bis 1470. — Ein später großer Feldherr, Levin August Theophil Graf von Bennigsen ward am 10. Februar 1745 in Braunschweig geboren. 1773 trat er in russische Dienste und focht 1774 gegen die Türken 1791 in Tannenberg, 1796 in Persien. Er befehligte 1805 die Nordarmee, 1807 bei Eylau und Friedland, 1813 bei Leipzig den rechten Flügel, nahm 1818 seinen Abschied und starb am 2. Oktober 1826 in Hannover. — Der englische Dichter und Historiker Henry Milman erblickte am 10. Februar 1791 in London das Licht der Welt. Er war Dekan von St. Paul, schrieb Dramen und Epen und starb am 24. September 1868. — Der 10. Februar 1847 schenkte der Welt den noch heute, 78 Jahre alt, größten Erfinder aller Zeiten: Thomas Alva Edison. In Milan (Ohio) geboren, war er zuerst Zeitungsvendekaufmann, dann Telegraphist. Er verbesserte das Telephon, konstruierte den Phonographen, das Aerophon, einen Quadruplextelegraphen, eine elektrische Glühlampe, ein Thermoskop und vieles mehr. — Der 10. Februar der Nachkriegszeit brachte im Jahre 1919 die Annahme der vorläufigen Weimarer Verfassung des deutschen Reiches, deren Grundlinien und Einzelheiten auch heute noch von dem Streit der Meinungen und Parteien hart umbrandet werden.

Männergesangsverein Wiederhalle.

Die Mitglieder und Sänger fanden am Samstag bei einem Maskenball Gelegenheit, statt der ersten Gesangsprobe sich mit ihren Angehörigen jener Frohlichkeit hinzugeben, wie sie eine feinere Festtagsveranstaltung bereiten kann. Die Festhalle war gleich nach Beginn rasch mit den bunten Gestalten gefüllt, die sich nach den Klängen der zwei Orchester, der Harmonikafesteln unter Herrn Rudolph und der Kapelle der Polizeimusiker unter Herrn Heßig, neueren und älteren Tänzern hingeben konnten, denn die Vereinsleitung hatte dafür gesorgt, daß die Wirtsgeneration so gut zu ihrem Recht kam, wie jene des Fortritts. Der Schwarm der Masken führte dem Publikum und vor allem den Preisrichterinnen eine entzückende Schau sehr geschmackvoller und aparter Damenkostüme vor, die bewiesen, daß die Damenwelt sich des Wettstreits wohl bewußt war. Das farbige Gewimmel brandete aber nicht nur im Saale, sondern warf seine Wellen auch in die anderen Räume, in den kleinen Saal, wo sich ein Kabarett etabliert hatte, in den Bierstube, in den roten Saal, dann aber auch an den Sinner-Pavillon, wo Damen des Vereins sich tüchtig mißten, den Fonds der Bau- und Reisetage zu stärken. Den ideellen Zweck der Veranstaltung darf man wohl in die erste Reihe stellen, da die Pflege des Männergesangs doch zu unseren schönsten Aufgaben gerechnet werden muß. Gerade in so Vereinen, die nicht nur um des Vergnügens willen existieren, war der lebhafteste Wunsch der Vereinsjugend zu verstehen, auch einmal das Festtagsweien in traditioneller Weise dafür sorgte, daß das anerkannte Niveau seiner Festlichkeiten gewahrt blieb, so konnte man bald mit Genugtuung das volle Gelingen des Abends feststellen. Das umso mehr, als die Gewährung von Preisen ein Ueberiges tat und so manche schöne Preisrätigerin ihre stille Schuld erfüllt sah. Die Preisrichter hatten, das muß zu ihrem besonderen Lobe gesagt werden, in höchst gerechter Weise gewirkt und entschieden, denn die Richterprüche wurden mit großer Anerkennung und Beifall begleitet. Es konnte eine große Anzahl von Damen und Herren mit schönen Gegenständen bedacht werden. Auch hier erwies sich die glückliche Hand der Arrangements, denn die preisgekrönten Masken fügten sich willig den Beweinungen, so daß die Anwesenden sie in Augenblicke nehmen konnten. Aus der Menge herausgehoben, erwiesen sie sich denn auch als keine oder originale Schöpfungen, die mit Recht die scharfen Augen der Preisrätigerin angezogen hatten. Die vornehmste und sinnfälligste Maske ist ja schon während des ganzen Abends der Stoff der Gespräche, denn das Thema des Ballgesprächs hat ja schon oft den Spott herausgefordert. Hier aber ist es die Krille, die immer wieder anknipten läßt. Außerdem ist so eine Maskenfeier auch als schöpferische Inspiration gar nicht zu verachten.

Der Wettbewerb hatte folgenden Ergebnis: Damenpreise: 1. Weiße Carmen, 2. Radio, 3. Mulattin, 4. Indianerin, 5. und 6. Haremsschönen in Segarlin und rosa, 7. Virette in gelb und schwarz, 8. Krefel, 9. Nofoschäferin, 10. Türkin. Herrenpreise: 1. Dummer August, 2. Cowboy, 3. Beiter Aid, 4. Fischerkese. Nun wußten die Damen, was man für ein Kostüm wählen muß, um einen Preis zu erhalten.

Die stoff spielenden zwei Orchester hatten dafür gesorgt, daß die Tanzlustigen gehörig in Übung blieben und daß die Stimmung den notwendigen Grad erreichte. Sie blieb auch ungetrübten bis zu dem offiziellen Schluß, der eine Veranstaltung beendete, die den Teilnehmern echt karnevalistischen Frohsinn und doch eine vornehmste Gesellschaftlichkeit bewahrt hatte. Das dürfte für die führenden Männer des Vereines der schönste Preis für ihre Mühe und Arbeit sein.

Die Luftfahrt-Ausstellung.

Besuch des Reichskanzlers Luther und des Altmeisters der Flugschiff Gustav Altmeyer. Die Reichskanzler in Berlin hat an die Leitung der Luftfahrt-Ausstellung ein Telegramm geschickt, das den Besuch des Reichskanzlers Luther zufragt. Unserer Landesregierung ist davon offizielle Mitteilung zugegangen. Außerdem ist es dem Ausstellungsausschuß insbesondere den Bemühungen Herrn Ernst Dübeler's gelungen, den Altmeister und Begründer der

Flugschiff, Gustav Altmeyer aus Berlin-Lichterfelde zum Besuch der Ausstellung zu veranlassen. Herr Altmeyer wird am Mittwoch, abends 9 Uhr, bei dieser Gelegenheit einen Vortrag über „Vogelflug und Menschenflug“ mit Lichtbildern in der Ausstellung halten.

Die erste südd. Luftfahrt-Ausstellung in unserer Landeshauptstadt hat nicht nur hier, sondern im ganzen Reich große Beachtung gefunden. Durch den Besuch des Reichskanzlers und den Besuch des Meisters der Flugschiff, kommt

ihm eine ganz besondere Bedeutung zu. Es sollte keiner diese einmalige Gelegenheit, Herrn Altmeyer zu hören, vorübergehen lassen.

Außerdem wird voraussichtlich der bekannte Kampffluger und Jagdflieger Udet heute im Laufe des Tages mit seiner Maschine, die am Jagdfliegenklub in Karlsruhe fliegen, sofern es die meteorologischen Verhältnisse irgend zulassen. Die Maschine wird nach der Landung in der Ausstellungshalle gezeigt.

Der städtische Wohnungsbau 1925

Die Generalversammlung des Grund- und Hausbesitzervereins.

Der „Volksfreund“ hat sich in seiner Samstagnummer v. 24. Jan., die mir infolge Krankheits erst heute zu Gesicht kommt, ausführlich mit der Generalversammlung des Grund- und Hausbesitzervereins, sowie mit meinem Jahresbericht und meinen weiteren Ausführungen beschäftigt. Er hat fobann in seiner Montagnummer v. 26. Jan. eine Antwort von Stadtrat Köpper an den „Hausbesitzerstrategen Deines“ gebracht.

Auf den Bericht des „Volksfreund“ gehe ich nicht weiter ein, da der betr. Berichterstatter sich nicht damit begnügt, sachlich zu bleiben, sondern sich zu persönlichen Beleidigungen gegen mich hinreißt, die mir jede Unterhaltung mit einem solchen Manne unterlagen.

Anderer liegt die Sache mit Herrn Köpper, mit dem ich bisher, ebenso wie mit den anderen Kollegen der sozialdemokratischen Partei im Bürgerausschuß in durchaus anständiger und verständiger Weise verkehrt habe. Herr Köpper ist Hausbesitzer und hat im Bürgerausschuß für die sozialdemokratische Partei gesprochen, leider aber als Hausbesitzer! Der nach seiner Rede dann plötzlich beantragte Schluß der Debatte (gegen meinen Einspruch) nahm mir die Möglichkeit der sofortigen Beantwortung und Zurückweisung. Nebenbei bemerkt, es hatten bereits 4 Sozialdemokraten gegen je 1 Redner der anderen Parteien gesprochen.

Der Brief des Herrn Köpper an mich nun gibt mir die gewünschte Gelegenheit, ihm nochmals in vollster Deutlichkeit unseren Standpunkt als Partei und meinen Standpunkt als Vorstand der Hausbesitzer, darzulegen. Herr Köpper sagt, daß ich im ersten Teil meiner Rede das Karlsruher Wohnungswesen gelehrt habe, dann aber den Abbau der Zwangswirtschaft verlangte, bevor der Bedarf an Wohnungen gedeckt sei und dabei sogar merkwürdigerweise öffentliche Baudarlehen für die freie Wirtschaft forderte. Wenn er dann daran seine Schlussfolgerungen knüpft, so muß ich annehmen, daß er meine Rede nicht aufmerksam genug verfolgt hat. Ich habe gesagt, daß das Karlsruher System gut gewesen sei und dies durch Beispiele beweisen. Ich habe dann aber ausdrücklich erklärt, daß die Volkspartei der Vorlage als Proporzium zustimme, dabei aber ausdrücklich erkläre, daß der sofortige Abbau der Zwangswirtschaft von ihr ebenso energig betrieben würde, wie das Gegenteil durch den sozialdemokratischen Redner verkindelt worden sei.

Unsere Stellung sei also die: Solange die Zwangswirtschaft noch besteht, soll das Karlsruher System auch weiter durchgeführt werden, da sonst die Variabilität vollständig zum Erlernen komme, da im Zeichen der Zwangswirtschaft kein vernünftiger Mensch sein Geld zum Wohnungsbau gibt, vor allem aus Mangel von Vertrauen zu den Maßnahmen der Regierung.

Hier stehen sich also zwei Anschauungen scharf gegenüber:

Die Sozialdemokratie sagt (Sigmund): Erst die notwendigen Bauten, dann Abbau der Zwangswirtschaft.

Die Volkspartei sagt: Erst Aufhebung der Zwangswirtschaft, dann werden die Wohnungen in ausreichender Zahl erstellt.

Daß der sozialdemokratische Standpunkt die notwendigen Wohnungen nicht schafft, das hat die Zeit der letzten 6 Jahre bewiesen. Was hat der Reichsausschusspräsident Scheidt im Laufe der letzten 6 Jahre an Wohnungen geschaffen wollen und was hat er tatsächlich fertig gebracht? Es würde viel zu weit führen, das hier in Zahlen zu erläutern, ich behalte mir aber vor, in einem ausführenden Aufsatz das doch noch einmal festzustellen. Die fehlenden Wohnungen wurden überhaupt nicht erstellt, die laufenden und die Wohnungswirtschaft zu einem Bruchteil und die Wohnungswirtschaft wurde größer und größer. Glaubt denn heute wirklich noch ein Sozialdemokrat, daß die behördlichen Maßnahmen im Zeichen der Zwangswirtschaft die notwendigen Wohnungen schaffen? Die Wohnungslosen jedenfalls haben diesen Glauben gründlich und endgültig verloren und die Behörden haben ihn auch aufgegeben.

Wir aber sind überzeugt, die freie Wirtschaft wird die Wohnungen schaffen, das hat der Frieden bewiesen. Natürlich bedarf auch die freie Wirtschaft in der Uebergangszeit großer Mittel der Allgemeinheit, um in Fluß zu kommen, und deshalb habe ich gesagt, daß auch die freie Wirtschaft nach Aufhebung der Zwangswirtschaft öffentliche Baudarlehen vorerst noch nötig hat.

Ein Antrag Prof. Bredt, Marburg und Gonnissen im Reichstag lautet:

Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu eruchen, das Reichsministerium aufzuheben und an seine Stelle ein Uebergangsgesetz mit Gültigkeit bis zum 30. Juli 1925 vorzulegen, unter Berücksichtigung folgender Gesichtspunkte:

1. Die Miete beträgt am 1. April 1925: 100 Prozent der Friedensmiete. Weitere Steuererhöhungen sollen sich den jeweiligen Steuerungsverhältnissen anpassen. (Nähere Bestimmungen hierüber trifft das Reichsarbeitsministerium.)
2. 15 Prozent der Friedensmiete sind für Darlehen, zum Teil für Neubauten und zum Teil für Instandsetzungen von Altwohnungen, sowie zur Unterstützung zahlungsunfähiger und zahlungsunfähiger Mieter zu verwenden, derart, daß von dem Betrage dieser 15 Prozent verwendet werden kann.

Die Sache liegt danach so: Die Freunde der Beseitigung der Zwangswirtschaft verlangen den sofortigen Abbau derselben, nachdem die Friedensmiete erreicht ist. Von der dann erhobenen Miete hat der Hausbesitzer eine bestimmte, durch Gesetz festzusetzende Teilsumme für Neubauten usw. abzuliefern. Ob nun dieser Teil 15 Proz. oder mehr beträgt, das hat der Reichstag zu bestimmen. Dieser Betrag muß aber tatsächlich völlig für diese Zwecke Verwendung finden. Heute dringt die Gebäuderegulierung nach Regierungsrat Friedberg dem Reich, Ländern und Gemeinden rund 1 Milliarde Mark ein. Für den Neubau von Wohnungen werden etwa 300-400 Millionen verwendet, alles andere dient dazu, die sonstigen Ausgaben von Staat und Gemeinden zu decken.

Und so was nennt man irreführend? Gebäudebauförderung!

So ist der Standpunkt einiger Parteien und dieser wird sicherlich vom weitaus größten Teil der Hausbesitzer gebilligt.

Wenn ich dann gesagt habe, daß Herr Köpper schwere unbedeutliche Vorwürfe gegen die Hausbesitzer erhoben habe, so ist das richtig. Herr Köpper hat im ersten Teil seiner Rede gesagt, daß die Zwangswirtschaft aus der kaiserlichen Regierung stamme und notwendig geworden sei, weil viele Hausbesitzer arme Kriegserkrankten auf die Straße gesetzt hätten.

Das ist so allgemein gesprochen eine Beleidigung sämtlicher Hausbesitzer und ich weisse diese als der Vertreter der übermächtigen Mehrheit derselben auch heute wieder zurück. Denn sie ist in dieser Fassung nicht wahr! Die Zwangswirtschaft im Wohnungswesen wurde mit den anderen Zwangsmassnahmen verfügt als Kriegsnotmaßnahme, um gegenseitigen Mißbilligkeiten zwischen Mietern und Vermietern vorzubeugen. Im weiteren Verlauf des Krieges wurde der Zwang auch auf das Verbot des Neubaus ausgedehnt.

Daß aber diese Kriegsnotmaßnahme eine bleibende Einrichtung auch nach dem Kriege geworden ist, das haben wir der sozialistischen Partei zu verdanken. Ich mache dieser Partei daraus keinen Vorwurf, denn die Enttarnung des Hausbesitzes ist einer ihrer Hauptprogramme, und sie hat diesen Punkt bisher auch mit Erfolg konsequent durchgeführt.

In Bezug auf die Hypotheken und deren Verzinsung ist Herr Köpper auch im Irrtum. Die Hausbesitzer würden ihren Gläubigern gerne die Zinsen bezahlen, aber wo sollen sie denn das Geld dazu bekommen? Es ist doch in der Miete kein Pfennig dafür vorhanden! Erst muß in der Miete (Miete im Sinne des BGB.) ein Teil für die Hypothekenzinsen vorhanden sein, dann können die Hausbesitzer auch die Gläubiger bezahlen. Ganz abwegig ist nun das hier von Herrn Köpper veröffentlichte Rundschreiben von 11 Hausbesitzervereinen. Es ist feinerzeit auch uns zugekommen und sofort an den Zentralverband in Berlin mit den nötigen Bemerkungen geschickt worden. Diese 14 Vereine (bei 200 Vereinen) gehören dem Verbande nicht an und sind öffentlich von der Zentralverwaltung der Hausbesitzer gebrandmarkt worden. Schließlich ist auch meine Aukerung über die Aufwertung der Sparfahrguthaben von Herrn Köpper falsch verstanden worden. Ich habe lediglich die Anregung des Kollegen Weipert von der Zentrumspartei namens meiner Freunde zugehört.

Zum Schluß hat mir Herr Köpper meine Freude über die künftige Regierung vor. Nun es ist richtig, ich freue mich dieser Regierung, und erhebe ich Gutes von dieser Regierung. Es ist gerade in den letzten Tagen so viel Ungeduldiges, Geselwidriges aus der Nachkriegszeit als Tageslicht gekommen, das zwar auch eine sozialistisch gerichtete Regierung beseitigen und zum Einstreiten veranlassen mußte, aber ich halte die jetzige Regierung doch für geeigneter, die vertriebenen Angehörigen zu reinigen. Wenn schon die Beschlagnahmen: Antisemitismus, Barmat usw. kein Ruhmesblatt für die bisherigen Systeme sein können, so will mir der frankfurter Wohnungsstand als Ergebnis der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen als ein Grund mehr erscheinen, die freie Wirtschaft auf dem Wohnungsmarkt so rasch wie möglich wieder einzuführen. Ich fürchte, es wird ja noch weiterer Widerstand aufgetaucht und die Regierung wird fest zugreifen müssen, um diese Vemter zu reinigen. Uebrigens sind sie schon lange überlebt und werden ja nun wohl auch raschstens in der Versenkung verschwinden.

Richtig ist, was Herr Köpper am Schluß seines Briefes sagt. Ich werde es als Architekt begrüßen, wenn wieder recht viel gebaut wird, aber nicht ausschließlich die kleinen Wohnungen und Häuser, wie dies bisher nur möglich war, sondern auch die großen, gesunden, geräumigen Wohnhäuser nach besten Willen und die vielen privaten, staatlichen, städtischen Bauten, denn nur diese alle zusammen bringen dem Bauhandwerk genügend Arbeit, nicht nur die 450 Kleinwohnungen im Jahre. In diesem Punkte bin ich mit Stadtrat Köpper einig und schließlich ist auch das ein gewisser Trost.

E. Deines.

Der Ausstellungsausschuß hat sich entschlossen, dem 3000. Besucher ein neues Evans-Motorrad zu stiften, das der Betreffende sofort in der Ausstellung in Empfang nehmen kann. Einem hiesigen Notar wird die Kontrolle übertragen.

Im Kaffee des Westens am Mühlburger Tor konzertiert seit 1. Februar der hervorragende russische Geiger Sergius Bobiloff, dessen warmer, großer, gefanglicher Ton und glänzende Technik eine ausgezeichnete Schule verrät. Die Vogenführung ist leicht, elegant, einfach, der Strich selbst aber energig, klängevoll, die Applikatur bis zu den höchsten Flageolettönen sauber und sicher. Der Vortrag, von jener weichen, süßen Gefühlsbetonung der russischen Musiker durchdrungen, ruft im Zuhörer doch auf dem Drängen und Gehalten leidenschaftsvoller Glut. In der glücklichen Verschmelzung dieser Kontraste liegt ein Hauptreiz des Bobiloffischen Spiels, das übrigens auch durch Unaufrichtigkeit und Mächtiglosigkeit sehr sympathisch berührt. In diesem größten Geiger Rußlands hat Herr Alker, der Besitzer des Kaffees des Westens, eine künstlerische Attraktion ersten Ranges gewonnen, was sich denn auch in dem starken Besuch der Konzerte und dem begeisterten Beifall ausdrückt.

Konkularwesen. Der zum Generalkonsul des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen in München ernannte Herr Vladislav Savitsch ist zur Ausübung konsularischer Amtshandlungen in Baden entgültig zugelassen.

Berankstaltungen.

Mitteilungen des Bad. Landesbundes. Infolge Erkrankung von Marie Franz findet an Stelle der für heute Dienstag angekindigten Aufführung von „Intermezzo“ eine Wiederholung von Thomas' „Marianne“ statt. Beginn der Vorstellung sieben Uhr.

Der Gesangsverein Eberhard lädt seine Mitglieder zu der am Dienstag, 10. Februar, abends 8 Uhr im „Goldenen Adler“ stattfindenden Generalversammlung, ebenso zu einem am Samstag, 14. Februar, 8 Uhr im gleichen Lokale stattfindenden, humoristischen Strebenabend (siehe die Apokalypse).

Das wohltemperierte Klavier. Der letzte Bad-Abend von Frau Darmstadt-Etern findet am Mittwoch, den 25. Februar, abends 8 Uhr im Prinz Max-Palais, Karlsruh, 10. statt.

Adolf Busch und Rudolf Serkin treffen überall, wo sie konzertieren, überfüllte Säle an. Auch bei uns ist das Interesse für dieses A. Meistersonzert der Konzertdirektion Kurt Reuefeldt außerordentlich groß. Zum Teil ist dies dem hervorragenden schönen Programm zuzuschreiben, das mit einer Sonate von Bach beginnt, des weitern die hier noch nie geklebte Violinsonate von Adolf Busch bringt, die natürlich niemand in der Welt leistung zum Vortrag bringen kann als der Komponist selbst. Eines der großen Variationenwerke von Schubert op. 100 (Erzogene Blumen) folgt. Den Abschluß bildet die herrliche Beethoven-Sonate G-Dur op. 90 Nr. 3. Das Datum dieses Konzerts ist Mittwoch, 11. Februar, Beginn abends 7 1/2 Uhr. Karten bei Kurt Reuefeldt.

Chronik der Vereine.

Maskenball des Musikvereins Harmonie. Freude erleben, nicht nur Freunde bereiten, durfte am Sonntag der Musikverein Harmonie in reichstem Maße. Schon das „Humoristische Konzert“ am Nachmittag zeigte seit 15 Jahren wieder zum erstenmal eine außerordentlich feine, nicht minder stark war aber auch der Abbau am Abend zum Maskenball, ein Beweis, welcher Ansehenskraft und Beliebtheit sich die Harmonie beim Publikum erfreut. Immer wieder und wieder schlossen sich mit den zunehmenden Abendstunden die Reihen, immer farbenprächtiger und reichhaltiger wurde das Gewoge im Saal, immer originellere Gruppen tauchten auf, schließlich bahnten sich in hoher Gemeinschaft die neuen Schichtmeisterinne Albenbrödel, Karl und Viktor und auf hohem Ausbühnen der V-V-Politist richtungweisend seinen Weg durch das Menschengewoge. Wiber Erwarten rasch gelang die große Preispolonaise; das Preisrichterkollegium hatte bei der großen Vorwahl einen schweren Stand, drübe aber, dem Beifall bei der Preisverteilung nach, mußte das Richtige getroffen haben. Präsentiert wurden: 1. Ehrenmitglied (Gruppe), 2. Preisrichter (Gruppe), 3. Wiedermeisterschönheit, 4. Radio-Sender und Empfänger, 5. Beiter Aid, 6. Neoputerin, 7. Frau, der Schönheitskultivator, 8. Gärtnerin, 9. Viktoria-Regia, 10. Wiedermeisterschönheit, 11. Kuffler.

Verein der Volksfreunde. Im Saale der Restauration Ziegler fand am Samstag abends ein Kostümfest statt, das in allen Teilen als gelungen bezeichnet werden darf. Häßliche Kostüme waren zu sehen, besonders bei den Damen. Die Preisverteilung, 5 Damen- und vier Herrenpreise wurde von einer Kommission vorgenommen. Die Ordensverleihung nahm Herr Schwarz vor. Der Humorist Sonntag sen. brachte in gewohnter Weise wirksame Comedies zum Vortrag und erzielte verdienten Beifall. Bei den Klängen einer Abteilung der Polizeifeldmusik verlief der Abend als das Schönste.

Gesangsverein Frohsinn Karlsruhe-Mühlburg. Bei der am Sonntag abgehaltenen Generalversammlung wurde als 1. Vorstand Adolf Zild, 2. Schriftführer, wiederbezeichnet. Als 2. Vorstand wurde neu gewählt Jakob Burghardt, Koblensbändler, Kaiserstr. 8. 2. Schriftführer Dr. Kiefer, Erbsenbäcker, Jole, 3. Kassier, Notarverwalter Ferdinand Vahr. Als Anerkennung für 25jährige Vorstandstätigkeit wurden Adolf Dold (1. Vorstand) und Schriftführer A. Bögel durch ein Geschenk besonders geehrt. Ausgeschlossen aus der Vorstandschaft ist Bernhard Müller, Aug. Vogel, Iris Buttmi.

Der Katholische Männerverein Karlsruhe-Süd hatte am Sonntag seine Mitglieder und deren Angehörige zu einer Festtagsunterhaltung in die „Festhalle“ eingeladen. Konnte schon bei der vorhergehenden Gesellschaftsveranstaltung des Vereines der sehr geräumige Saal die Erlöhnenen kaum alle aufnehmen, so erwies sich diesmal das Lokal einfach als klein — der beste Beweis, wach steigenden Interesses für die Vereinsveranstaltungen erfreuen, zumal nur Vereinsangehörige eingeladen waren. Das Gewobene steh die Erlöhnenen den auch voll auf ihre Rechnung kommen. Die Kapelle Stadtmüller, die noch in besser Erinnerung fand, gab auch diesmal wieder Proben ihres Könnens, das auch in künstlerischer Beziehung eine beachtenswerte Höhe erreicht, wie denn auch der verdiente Beifall nicht ausbleibt. Viel humoristische Solosöhnen wurden von dem im Verein schon wohl bekannten Fräulein Maria Vetterle in allerliebster Weise vorgeführt und gleichfalls dankbar aufgenommen. Wie immer wirkte auch diesmal der Sängerkor des Vereines unter Hauptlehrer Mager's Schiffführung sehr wesentlich zur Verschönerung des Abends bei. Nicht zuletzt verdient aber auch die wackere Schaar der Theater-solistinnen und Solisten hervorgehoben zu werden. drei vorzüglichen Einakter „Bubi schäfer“, „Das seltsame Ehepaar“ sowie „Das Verhältnis in der grünen Erde“ tiefen archie Heiterkeit hervor, und der nicht endenwollende Beifall lobte die Mäher, die die Damer und Herren unter der Leitung des Sängerkorstandes, Herrn Auh, für diesen Abend aufgewendet hatten. Den zweiten Teil des Programms bildete ein Ball, den Tanzmeister Braunagel in gewohnt-bewährter Weise leitete.

Deutschland und Oesterreich.

Von
D. C. von Scala.

Das Problem Deutsch-Oesterreich steht augenblicklich wieder im Vordergrund des Interesses. Einige Zeit lang hat es geruht, da es dank der Sanierungspolitik des Völkerverbundes einer Lösung entgegenzugehen schien. Nun hat sich aber herausgestellt, daß die Wirtschaftslage Deutsch-Oesterreichs nicht zum geringen Teil durch seinen Sanierungsminister Zimmermann verschuldet, katastrophal genannt werden muß. Damit ist das Problem wieder akut geworden. Der Kernpunkt der deutsch-oesterreichischen Frage ist, daß Deutsch-Oesterreich als geopolitischer Komplex wie als Wirtschaftskörper eine Unmöglichkeit ist. Es kann auf keine Weise als selbständiges Gebilde existieren. Von diesem Punkt aus gesehen müßte die Sanierungspolitik scheitern, wenn sie auch bei weniger scharfer Zügelung durch freie Wirtschaftstätigkeit zweifellos besser und vorhaltender gewesen wäre. Oesterreich ist durch seine Gestaltung auf Ansehen an einen stärkeren Nachbar angewiesen. Auf der einen Seite steht eine Donauföderation der sog. Nachfolgestaaten. Oesterreich lehnt sie aus nationalen Gründen ab. Ganz abgesehen davon, daß es auch wirtschaftlich seine Selbständigkeit einbüßen würde. Auf der anderen Seite bleibt der Anschluß an Deutschland. Er ist politisch durch den Vertrag von Saint-Germain verwehrt. Bei der augenblicklichen Wirtschaftslage der beiden Länder für einen wirtschaftlichen Anschluß einzutreten, wird man auf deutscher Seite, so sehr es gegen das Gefühl gehen muß, schwer verantworten können. Trotzdem dürfen wir keineswegs die Verbindung nach Oesterreich abreißen lassen.

Wir geben im folgenden die Ausführungen eines Oesterreichers wieder, die die wirtschaftliche Lage Deutsch-Oesterreichs darstellen und einen Ausweg aus den unhaltbaren Verhältnissen in einer Zollunion mit Deutschland suchen. Die Ausführungen sind ganz vom österreichischen Standpunkt gesehen. Wir können uns keineswegs mit ihnen identifizieren, halten aber doch ihre Veröffentlichung für interessant und aufklärend. Zu bemerken ist noch, daß der Artikel vor dem Besuch des österreichischen Nationalrats Dr. Dinghofer und des früheren Vizekanzlers Dr. Frank in Berlin und vor den letzten alarmierenden Nachrichten verfaßt ist. An Aktualität büßt er dadurch jedoch nichts ein.

Die wirtschaftspolitische Unzulänglichkeit Deutsch-Oesterreichs.

Wohl selten hat ein Problem die führenden Wirtschaftspolitiker des In- und Auslandes so viel beschäftigt wie die Fragen: Ist Oesterreich als Wirtschaftskörper überhaupt lebensfähig? Und wie kann es dauernd (auf sich gestellt) lebensfähig gemacht werden? Und gerade in der letzten Zeit hat die große Produktions- und Absatzkrise der österreichischen Industrie einerseits und die auf Grund der Bestimmungen des Dawes-Planes in Aussicht gestellte deutsche Konkurrenz andererseits diese Fragen wieder besonders in den Vordergrund des Interesses gerückt. Was nun die erste Frage betrifft, so hängt ihre vollständige Beantwortung davon ab, ob nun auf Grund der Bestimmungen des Völkerverbundes Finanzkomitees bei den letzten Genfer Verhandlungen nach der Sanierung der österreichischen Staatswirtschaft auch die Sanierung der österreichischen Volkswirtschaft möglich ist. Sicherlich aber wird letztere nicht durchführbar sein, ohne eine bedeutende Verbesserung der österreichischen Handelslage zu erreichen. Doch sind gerade die Aussichten dafür in der Zukunft nicht günstig, wo das zu erhöhter Produktionsintensität gezwungene Deutschland als ein Konkurrent in noch nie dagewesener Stärke auf dem Weltmarkt entgegentritt. Und betrachten wir das steigende Postum der österreichischen Handelsbilanz von 1922 bis in die jüngste Gegenwart, so können wir in Zukunft erst recht nicht an eine Verbesserung derselben glauben. So betrug das Postum der österreichischen Handelsbilanz im Jahre 1922 537 Millionen Goldkronen, im Jahre 1923 818 Millionen Goldkronen, im Jahre 1924 ist es schon auf 517 Millionen Goldkronen angewachsen, also beinahe so groß wie im ganzen Jahre 1922, und in den ersten 10 Monaten 1924 hat es bereits die Höhe des Handelspostums von 1923 erreicht, so daß mit einem Handelsbilanzdefizit von rund 1 Milliarde Goldkronen im Jahre 1924 zu rechnen ist. Besondere Zweifel aber müssen uns an der Lebensfähigkeit des österreichischen Wirtschaftskörpers aufkommen wenn wir unterziehen gegenüber welchen Ländern Oesterreich im Jahre 1923 seine Handelsbilanz im Vergleich zum Jahre 1922 so verschlechtert hat. Es sind dies nämlich gerade jene Länder, mit denen Oesterreich im Laufe des Jahres 1922 Handelsverträge auf Grundlage der Meistbegünstigung geschlossen hat.

Donauföderation oder Zollunion mit Deutschland.

Mit dieser Erkenntnis der Notwendigkeit der Erhöhung des österreichischen Exportes nähern wir uns der Beantwortung der zweiten Frage: Wie kann Oesterreich dauernd lebensfähig gemacht werden? „Durch Vergrößerung des Absatzmarktes“ — wird die Antwort darauf lauten müssen. Wie nun aber eine solche erreicht werden kann, damit hat man sich gerade in letzter Zeit im In- wie insbesondere im Auslande eingehend beschäftigt. Erweiterung des Wirtschaftsgebietes Deutsch-Oesterreichs war die allgemeine natürliche Forderung. Aber wie die Erweiterung des Wirtschaftsgebietes möglich ist, darauf ist immer nur die einseitige Antwort gegeben worden: Zollunion mit den Nachfolgestaaten, zumindest aber eine wirtschaftliche Annäherung an sie. Diese einseitige Lösung des ökonomischen Problems Oesterreichs hat sowohl der der strengen ökonomischen Schule Englands angehörende Wiener Korrespondent der „Times“ befürwortet, indem er in einer Zollunion Oesterreichs mit den drei Nachfolgestaaten das Heil aller dieser Staaten erblickte, gerade so der „Pester Lloyd“, der einer Donauföderation das Wort geredet, wie ferner die rumänische Regierung der Versicherung Ausdruck gegeben, daß für Rumänien die Nachricht von der Einleitung von Verhandlungen zur Schaffung einer Zollunion der Nachfolgestaaten eine freudige Botschaft sei und schließlich auch Dr. Beneß in Prag, der sogar von den Westmächten den Auftrag erhalten haben soll, einen genauen Plan für die engere Zusammenarbeit über eine wirtschaftliche und Zollannäherung der Nachfolgestaaten (der Tschechoslowakei, Rumänien, Jugoslawien, Oesterreich und Ungarn) auszuarbeiten. Ist auch letzteres Gerücht von Dr. Seipel offiziell im österreichischen Nationalrat wie auch von Dr. Beneß demontiert worden, so bleibt doch immerhin Tatsache, daß man sich in Genf eingehend, wenn auch inoffiziell mit diesem Plane einer Donauföderation beschäftigt hat, und daß jetzt noch die tschechoslowakische Industrie eifrig diesen Gedanken diskutiert. Derselbe Tschechoslowakei also, die die im § 222 des Friedensvertrages von St. Germain bis zum Abschluß des Genfer Vertrages gegebene Möglichkeit, mit Oesterreich und Ungarn ein engeres, wirtschaftliches Verhältnis einzugehen, nicht ausgenutzt, vielmehr sich wirtschaftlich von diesen durch Zollverbände, Ein- und Ausfuhrverbote noch mehr abgeschloßen hat, tritt jetzt aus Angst vor der deutschen Konkurrenz als Bahnbrecher einer wirtschaftlichen Annäherung der Nachfolgestaaten auf, gerade so wie vor 90 Jahren unter der Führung Preußens die unzähligen kleinen deutschen Staaten aus Angst vor der englischen Konkurrenz sich in dem deutschen Zollverein zusammenschloßen, nur mit dem großen Unterschiede, daß damals nationale Motive mitausgesprochen gewesen sind. Und gerade dieser letztere Unterschied sollte uns Deutsch-Oesterreicher zum Nachdenken darüber bringen, ob die Lösung des österreichischen Wirtschaftsproblemes nicht auch auf dem Wege möglich ist, daß gleichzeitig auch die nationalen Interessen gefördert werden.

Wenn der nach dem Zusammenbruch der Donauföderation als Alternative gegenübergestellte Gedanke des politischen Anschlusses an Deutschland heute infolge der Bestimmungen des Friedensvertrages von St. Germain und Versailles so lange nicht möglich ist, bis sechs im Völkerverbund sitzende Nationen ihre Zustimmung dazu geben, so müssen wir auf den Gedanken zurückgreifen, der seit mehr als einem Jahrhundert seit der Gründung des Handels- und Gewerbevereines durch Friedrich List im Jahre 1819 bis kurz vor dem Zusammenbruch im Jahre 1917 immer und immer wieder die größten Wirtschaftspolitiker Deutschlands und Oesterreichs beschäftigt hat: auf den Gedanken einer Zollunion mit Deutschland. Wird doch diese gerade die Vorstufe für die politische Vereinigung Oesterreichs mit Deutschland bilden müssen, wie der deutsche Zollverein den Grundstock zum Deutschen Reich geleistet hat. Wir müssen um so mehr diesen Gedanken einer Zollunion mit Deutschland aufgreifen, als ihre Durchführung leichter fallen würde als eine Zollunion mit den vier Nachfolgestaaten und gleichzeitig, abgesehen von den großen nationalen und kulturellen auch größere wirtschaftliche Vorteile bieten würde.

Was nun die Durchführung betrifft, so wäre sie genau so wie eine solche mit den Nachfolgestaaten nur dann denkbar, wenn das Protokoll Nr. 1 des Genfer Vertrages einer Revision unterzogen würde. Denn die in letzterem Oesterreich auferlegte Verpflichtung, seine wirtschaftliche Unabhängigkeit zu wahren, und mit keinem Staate ein solches gefährdendes Sonderverhältnis einzugehen, bezieht sich genau so auf Deutschland wie auf die Nachfolgestaaten. Des weiteren wäre in beiden Fällen nur eine Zollunion mit Zwischenfällen denkbar, da die Verständigung der österreichischen Räte auf Grund des Genfer Vertrages und Wiederaufhebung ihrer Sicherstellung erforderlich macht, was aber nur wieder bei einem kontrollierbaren Wirtschaftsbetriebe möglich ist. Auch bis zur Beilegung der Verwickeltheit der Monopole und

der Unterschiede bei den indirekten Steuern beider Länder wäre eine solche Zwischenzollunion notwendig. Sie würde bei einer Zollunion mit Deutschland auch für letzteres erforderlich sein, da auf Grund des Sachverständigengutachtens auch dort die Zölle verpändert sind. Trotzdem wäre aber auch Deutschland der Abschluß einer derartigen Zollunion (mit Zwischenfällen) möglich, da auf Grund der Bestimmungen des Sachverständigengutachtens Deutschland ausdrücklich die vollkommene Freiheit der Handels- (insbesondere Zoll-) Politik zuerkannt worden ist. Letztere hat Deutschland auf Grund des Friedensvertrages von Versailles im Januar 1923 zürückgehalten, es ist dann nicht mehr der Entente zur Gewährung der einseitigen Meistbegünstigung verpflichtet, eine Maßnahme, von der Oesterreich schon im Juni 1922 befreit worden ist. Nach einer aber einmal erfolgten Revision des Protokolls Nr. 1 des Genfer Vertrages ist eine Zollunion leichter mit Deutschland als mit den vier Nachfolgestaaten möglich. Denn in letzteren Staaten sind teilweise schon neue autonome Zolltarife herausgekommen — wie dies ja auch bei Oesterreich der Fall — so daß die Ausarbeitung eines neuen für fünf Staaten zugeschnittenen Zolltarifs von entscheidender größerer Schwierigkeit begleitet sein müßte als die Herstellung eines gemeinsamen deutsch-oesterreichischen Zolltarifs, zumal letztere als vorwiegende Industriestaaten ähnliche Zolltarifinteressen besitzen.

Des weiteren würde die Einigung über den Aufteilungsschlüssel der Zolleinnahmen sicherlich leichter zwischen zwei Staaten ein und desselben Volkes möglich sein, als zwischen fünf Staaten mit größtenteils verschiedenen politischen Interessen. So wäre gegenüber Deutschland, bei welchem die Zolleinnahmen einen verhältnismäßig geringeren Anteil der Gesamteinkünfte ausmachen als bei den kleinen Gebieten Oesterreichs und der Nachfolgestaaten darstellten, sicherlich die Vereinbarung möglich, daß von Oesterreich von den gesamten Zolleinnahmen jährlich 100 Millionen österreichische Kronen abgeführt werden, welche Summe Oesterreich auf Grund des Wiederaufhebunges ab 1925 als Eingang der Zolleinnahmen des Völkerverbundes garantieren muß, aber schon im Jahre 1923 eingegangen ist. Und es könnte auch Deutschland diesen kleinen Verlust an Zolleinnahmen leicht durch bessere Ausnutzung der handelspolitischen Zölle wie auch durch weitaus, daß es auf Grund der bei einer Zollunion mit Oesterreich möglichen Erhöhung des Absatzes nach dem Südoften größere Zolleinnahmen erzielt, abgeben davon, daß es durch Abbau von Zoll- und Konsumtarifen dafür auf der Ausgabenseite im Staatshaushalte Erparungen macht. Aber auch die deutsche Konkurrenz wäre leichter bei einer Zollunion mit Deutschland zu überwinden. Denn bei der dann notwendigen Annäherung der Produktionskostenniveaus (Löhne, Steuern, Zölle, Bahn- und Posttarife, Zins und soziale Lasten) — was dann Oesterreich zu der von allen Wirtschaftskreisen eruchten Herabsetzung seiner Produktionskosten gezwungen wäre — könnten auch die Warenpreise nur mehr geringe Differenzen aufweisen. Insbesondere was die letzten Produktionskosten, Zins und soziale Lasten betrifft, so wäre hier eine Angleichung zwischen beiden Ländern von großer Bedeutung für die Überwindung der deutschen Konkurrenz.

Wenn bei einer Zollunion durch das offene Tor die nach Deutschland einströmenden ausländischen Kredite auch weiter nach Oesterreich hereinfließen können — was insbesondere wegen der dann größeren Nationsmöglichkeit deutscher mit österreichischer Industrien der Fall wäre — dann wird auch der hohe Zinsfuß in Oesterreich die in Deutschland bevorstehende sinkende Tendenz verzeichnen können. Und was die Angleichung der sozialen Lasten betrifft, so ist hier insbesondere die Entscheidung hinsichtlich der Einführung oder Abschaffung des Achtstundentages in jedem dieser beiden Länder ein Gebot der Notwendigkeit.

Der Kampf gegen die Kriegsschuldlüge.

Die Deffnung der Archive.

Im Jahre 1925 wird die deutsche Regierung in härterem Maße als bisher an die Lösung der Kriegsschuldfrage herantreten müssen. — Der Drang des deutschen Volkes zur Wiederherstellung seiner Ehre und zur endlichen Wiederverlangung seiner Freiheit ist zu groß, als daß man in Geduld und Ergebenheit den Urteilspruch der Historiker in der Kriegsschuldfrage einer späteren Zeit abwarten könnte. Die Kriegsschuld, der § 231 des Versailler Vertrags ist eben, wie Lloyd George selbst in dankenswerter Ehrlichkeit eingestanden hat, der Stützballen, auf dem die Deutschlands und Oesterreichs Souveränität und Freiheit fast vollständig beteiligenden Verträge von Versailles, St. Germain und London ruhen. — Die restlose Beseitigung der Kriegsschuldlüge, der Lüge in der Welt, daß Deutschland nur deshalb früher seine starken Rüstungen herbeigeholt habe, um eines Tages über seine unschuldigen Nachbarn herzufallen, bleibt die höchste Aufgabe und oberste Pflicht einer jeden deutschen Volksregierung. In diesem schweren Kampfe gegen die Unaufrichtigkeit der ganzen Welt geben die dieser Tage der Öffentlichkeit

übergebenen Memoiren des französischen Botschafters George Louis neue starke Hoffnungen auf eine für Deutschland, für die Mittelmächte, befriedigende Lösung. — Gleichzeitig erinnern diese Memoiren jede deutsche Regierung unablässig an die Pflicht, auch die Deffnung der französischen Archive vor aller Welt zu fordern. — Bevor nicht die kriegführenden Nationen in derselben Weise wie Deutschland endlich ihre diplomatischen Urkunden auf den Tisch legen, kann kein wahrer Friede unter den Völkern eingehen.

Wir greifen hier einiges aus dem großen Material der Memoiren des französischen Botschafters heraus: „Die höheren französischen Botschaftssekretäre sind über alles unterrichtet. Es gibt keine Geheimnisse für sie. Wir haben nicht gefürchtet; man hat uns geführt. Der „Serbische Bund“ regierte uns, nicht Rußland hat diese ganze Affäre ins Szenario gesetzt, sondern ein Russe J. Smolksi. Poincaré hat schon 1912 den Russen Frankreichs Kriegsbereitschaft erklärt. Poincaré hat den Krieg entfesselt, sagt der in den Memoiren erwähnte ehemalige französische Präsident Deschanel, weil die Anhänger der dreißigjährigen Dienstzeit in Frankreich glaubten, man müsse ein Interesse daran haben, den Krieg zu führen, bevor die Gegner Zeit gehabt hätten, ihre Militärgleichung zu ändern.“ Weiter heißt es: „Die meisten Männer, die im Juli Minister waren, erklären offen, daß Poincaré den Krieg verursacht habe — der Kriegsminister Weismann schreibt von der Front: „Es wäre notwendig, daß dieser Feigling Poincaré einige Tage unter dem Granatfeuer der Front verbringen würde.“

Die ganzen Memoiren George Louis bilden eine lückenlose Anlage der hauptsächlich französischen Außenpolitik Poincarés und Smolskis, der Männer, welche in teufelhaftem Geiste den Funken an die 1914 in Europa lagernden Pulverfässer legten, und den Weltkrieg bewußt herbeiführten. Späterhin hat die grauliche Beseitigung des Ruhrgebietes den wahren Charakter Poincarés restlos erhell.

Auch in diesen Memoiren wird Deutschland zum Vorwurf gemacht, die härtesten Maßnahmen getrieben zu haben. In Wirklichkeit hat Deutschland wegen seiner exponierten und zentralen Lage nur seine militärischen Angelegenheiten mit deutscher Grundsätzlichkeit in besserer Ordnung gehabt zu einer Zeit und in einer Weise, als militärisches Beitritts noch allgemein an der Tagesordnung war und auf der Welt herrschte.

Das Deutschland von 1914 verdankte alles sich selbst und konnte damals wie heute ehrlich mit Bismarcks Worten von sich sagen: „Unser Interesse ist es, den Frieden zu erhalten. Während unsere kontinentalen Nachbarn ohne Ausnahme Wünsche haben, geheime oder amtlich bekannte, die nur durch Krieg zu erfüllen sind. Die Achtung vor den Rechten anderer Staaten, an der es namentlich Frankreich in den Zeiten seines Uebergewichtes hat fehlen lassen, und die in England nur so weit reicht, als die englischen Interessen nicht berührt werden, wird dem deutschen Reich und seiner Politik erleichtert, einerseits durch die Objektivität des deutschen Charakters, andererseits durch die verbienfliche Tatsache, daß wir eine Vergrößerung unseres unmittelbaren Gebietes nicht brauchen.“

Die Politik des Kantianer Bethman Hollweg war begreiflicherweise dem Intrigantenspiel eines Poincaré-Smolksi nicht gewachsen, und mußte mit mathematischer Sicherheit in die diplomatische Sackgasse und Fallen geraten. Als Deutschland 1914 in höchster Unruhe und Gefahr sein Ultimatum an Frankreich und Ausland richtete, um das russisch-französische Intrigantenspiel zu zwingen Farbe zu bekennen, da war auch Smolskis Abblitz erreicht. Er hatte „seinen Krieg“ wie er ihn nannte im Bündnis mit Poincaré. — Auf Deutschland aber hatten die beiden in raffiniertester Weise die Belastung der formalen Kriegserklärung und Urheberhaft abgewälzt. — Bethman Hollweg gelächelter Ausdruck: „Vor feinem Gebot“ war, wie uns die Memoiren lehren bezeugt als wahre Charakterisierung der gefährlichen Lage, in die Deutschland eine hinterlistig geführte russisch-französische Politik gebracht hatte. Die Entlastung der Kriegsschuldigen macht Fortschritte, wie die Memoiren George Louis beweisen, und es dürfte den Hauptaufgaben nicht leicht sein, auch diesmal die dort niedergelegten Behauptungen zu widerlegen. Die Wahrheit läßt sich auf die Dauer nicht unterdrücken: Die Urkunden der Archive sind heute schon das Weltrecht.

Korpulenz macht alt,

verunkastet die und ist auch ungesund. Wir raten Korpulenten und allen zum Starwerden Veranlagten, in der Apotheke echte Tobula-Kerne, 30 od. 60 Gramm, zu kaufen und damit gerade jetzt im Winter, wo der Körper von Natur aus eine besondere Neigung zum Anfat zeigt, eine Kur vorzunehmen. Tobula enthält übrigens keine Stoffe, die das Herz angreifen. Sofern in anderen Apotheken nicht erhältlich sicher Schlafapothek. Kaiserstr. 201, Stadtapotheke, Karlsruhe 19.

Erbs, Cernudeln,
Röniqin, Blumenkohl,
Grünern, Tomaten,
Tapioka echt

Gier-Sternchen Biaz
Rumfor, Reis, Erbs
mit Reis, Windsor
und andere

26 verschiedene Suppen

von vollendetem Wohlgeschmack bereiten Sie mühe os, ohne langes Zuriichten, nur durch Kochen mit Wasser

aus Maggi's Suppen-Würfeln zu 12 Pfg. für 2 Zeller.

Kennzeichen: der Name „Maggi“ und die gelb-rote Packung

INDUSTRIE- UND HANDELS-ZEITUNG

„Convertible bonds“.

Von
Rechtsanwalt G. Verfling.

In der Bilanzierung der Uniperium-Film-A.G. am 1. Februar wurde bekanntlich ein von der Verwaltung vorgelegter Finanzierungsplan genehmigt, der eine Institution des amerikanischen Aktienrechts auf den deutschen Effektenmärkten heimisch zu machen sucht. Diese Institution des „convertible bond“, der — in eine Aktie — umwandelbaren Teilhaberscheine ist in den Vereinigten Staaten aus der Notwendigkeit heraus entstanden, für die massenhaft erfolgenden Aktienengründungen Kapital hergebende Interessenten zu finden, obwohl über die Gewinnchancen der so zahlreich gleichzeitig nebeneinander in gleichen Branchen errichteten Gesellschaften, die demnach von ersten Tage an unter dem Druck eines erbitterten Konkurrenzkampfes stehen mußten, nichts Sicheres feststand. Dessen konnte in diesem Fall das breite Börsenpublikum nur eine Vereinfachung der Vorzüge von Aktie und Obligation in einem Dokument: die Verknüpfung der Gewissheit einer hohen Festverzinsung mit der Hoffnung auf eine noch höhere Gewinnausschüttung in Gestalt der Jahresdividende. Der convertible bond ist diese Verknüpfung dadurch, daß jederzeit, also besonders dann, wenn nach den ersten Jahren der Anfangsfristigkeiten die Dividende den festgesetzten Obligationenzins übersteigt, der Besitzer solcher Obligation von seiner Gesellschaft die Umwandlung in eine Aktie gleichen Nominalwert fordern konnte. Es handelt sich also bei dieser Effektenart gewissermaßen um eine Pannieraktie, die eine Verzinsung gegen schlechte Dividenden in sich schließt, vergleichbar dem bei uns schon aus der Vorkriegszeit bekannten Typus der Aktie mit kumulativer Vorzugsdividende.

Das Problem, ob der beschriebene amerikanische bond auch von deutschen Aktiengesellschaften übernommen werden sollte und dürfte, wurde durch die Umstellung der Aktiengesellschaften von Papier auf Goldmark akut. Denn die Goldmark bzw. jetzt Reichsmark-Emissionsbilanzen zeigen nur zu deutlich den Substanzmangel und die Verarmung der Gesellschaften infolge der Geldverfälscherung. Gerade wenn im Interesse der Aktionäre das Umstellungsverhältnis nicht allzu sehr gewählt werden sollte, was es durchaus unabweisbar ist, daß die zusammengelegte Aktie einen Börsenkurs über 100 Prozent erreichen würde. Dadurch würde aber die künftige, so dringend notwendige Verteidigung des Kapitalhalters der Unternehmungen in Frage gestellt, wenn während nach dem deutschen Handelsrecht keine Ausgabe neuer Aktien unter pari (also zu einem unter 100 Prozent des Nominalbetrages liegenden Börsenpreis) gestattet ist, was es gewiß, daß niemand neue Aktien einer Gesellschaft durch das Emissionsverhältnis zu 100 Prozent oder darüber erwerben werde, solange alte Aktien unter diesem Preis täglich an der Börse zu haben sein würden.

Den solide fundierten Gesellschaften wäre es natürlich auch möglich gewesen, durch reine Obligationen Kapital zu beschaffen. Das hätte aber die schwere Belastung bedeutet, daß nach Jahren, wenn die heutigen anormalen Geldmarktkurse sich stark gehoben haben werden, an die Obligationäre Zinsen hätten ausbezahlt werden müssen, die bereits eine recht ansehnliche Dividende weit übersteigen hätten. Wird der deutsche Reichsbankdiskont einmal von seinem heutigen Stand von 10 Prozent auf 5 oder gar 4 Prozent herabgezogen sein, so ist eine Dividende von 7 bis 8 Prozent bereits ein Zeichen hoherrentierlicher Rentabilität und eine Belastung der an sich derart rentablen Unternehmung mit einer Verzinsungsquote von 10 Prozent auf die großen 1924/25 ausgegebenen Obligationenemissionen würde den unabwendbaren Ruin bedeuten. Mittels des convertible bond ist in diesem Fall der Gesellschaft ihren Geldgebern gegenüber eine ähnliche Versicherung in die Hand gegeben, wie in umgekehrter Richtung in diesen Tagen jene: sie kann die Umwandlung der Bonds in gewöhnliche Aktien bewerkstelligen.

Der Hauptnachteil der neuen Effektenart ist vor allem der, daß man dem alten Aktionär, der alle Schädigungen seines goldwerten Aktienbesitzes aus der Gesellschaft erlitten hat und vielleicht während der nächsten Jahre noch einer geringeren Gewinnausschüttung auf seinen zusammengekauften Aktienbesitz entgegen sieht, eines Tages mit gleichen Rechten der Verwaltung und Ausbeute der festigen Erwerber des convertible bond gegenübersteht, der jetzt schon durch die Garantie hohen Zinsertrages bevorzugt ist. Die Gefahr wird noch größer, wenn der Erwerber des neuen bond Ausländer ist, und dann durch die spätere Umwandlung eine neue und unerwartete Ueberfremdung akut werden kann. Und doch wiegen die Vorteile, wie die letzte Umkehrung des Gedankens in die Praxis zeigt, die Nachteile auf. Auch läßt die Ueberfremdung Gefahr sich durch weite Begrenzung des Kontingents von convertible bonds gegenüber dem sämtlicher bestehenden Aktien sowie durch die Uebernahme der neuen Obligationen durch zuverlässige Emissionshäuser stark einschränken, wie ferner die Gefahr bei zahlreichem Unternehmungen von vornherein durch Emissionen gebannt ist. Den anderen Nachteil für die alten Aktionäre, später mit den Uebernehmern Besitz und Stimmrecht teilen zu sollen, müssen jene mit in den Kauf nehmen, da eine Rentabilität der alten Aktien ja nur durch eben die Ueberfremdung zu erreichen ist, die die Emission der convertible bonds herbeiführt.

Interessant ist, daß gerade bei der „Alfa“ ein Unterparikurs der alten Aktien heute nicht gegeben ist. Berechnet nach dem heutigen Preisverhältnissen und der Umstellungsquote von

20:3 ergibt sich ein derzeitiger Goldkurs für die zusammengelegte Reichsmarkaktie von mehr als 120 Prozent. Ganz gewiß schließt diese Tatsache aber nicht die Möglichkeit aus, daß ein Unterparikurs dennoch noch einmal in die Erscheinung tritt, und zwar eben dann, wenn durch eine Ausgabe junger Aktien ein gewisses Maß von Kapitalvermehrung eintritt. Den alten Aktionären selbst wird durch die Verwaltung der „Alfa“ auf je drei zusammengelegte Aktien ein neuer, mit 10 Prozent Zinseszins und bis zum 31. Mai 1928 in eine (derzeit noch nicht vorhandene) Aktie umwandelbarer Bonds zu 105 Prozent angeboten.

Aus Baden

Die Lage des badischen Arbeitsmarktes.

Auf dem Arbeitsmarkte scheint sich, im gesamten betrachtet, nach den vorliegenden Berichten allmählich eine Besserung anzubahnen. Auf 100 offene Stellen kommen nach dem Stand der Arbeitsfindenden und offenen Stellen am 1. Febr. 1279 Arbeitsfindende gegenüber 1407 am 28. Jan. Auch die Arbeitslosenquoten weisen auf den Beginn einer gewissen Entlastung des Arbeitsmarktes hin. Während in den letzten zwei bis drei Monaten eine in verschiedenen starkem Tempo sich vollziehende Erhöhung der Erwerbslosenquoten zu beobachten war, so daß am 28. Januar ein Stand von 18 480 unterjünglichen Erwerbslosen (Hauptunterstützungsempfänger) erreicht war, ist in der Woche vom 29. Januar bis 4. Februar zum ersten Male wieder ein kleiner Rückgang festzustellen. Die Zahl der erwerbslosen Unterstützungsempfänger sank von 18 480 am 28. Januar auf 18 195 am 4. Februar.

Im Mosbacher Arbeitsnachweisbezirk wird in der Steinindustrie über Auftragsmangel geklagt, so daß hier zurzeit fast nur Auftragsarbeiten getätigt werden. In der Mannheimer Metallverarbeitung der Industrie besteht Bedarf an Facharbeitern verschiedener Art. Die Arbeitsmarktlage bessert sich hier langsam. Auch in anderen Zentren der Metallindustrie sind Anzeichen einer kleinen Besserung wahrzunehmen; im Karlsruhe und Rastatter Bezirk, ferner in Zingen konnten Rekrutierungen erfolgen. In der Wieslohener Schmiedewerkindustrie hat die Nachfrage nach Arbeitskräften an Ueberarbeit weiter zugenommen; 5 Betriebe arbeiten noch mit ein- bis zweitägiger Verzögerung, wovon etwa 60 Personen betroffen werden.

Die Arbeitsmarktsverhältnisse in der Textil- und Lederindustrie sind gegenüber der Vorwoche unverändert. In der Tabakindustrie des Bruchloser Bezirks haben weitere Verbesseerungen bevor. Im Bekleidungs- und Schuhgewerbe wird vor allem in Mannheim nach Großhändlerbetriebern und Zuschneidern gefragt, an Kleinbetriebern dagegen besteht immer noch erhebliches Ueberangebot. Im Baugewerbe ist unter dem Einfluß der milden Witterung eine kleine Wendung zum Besseren eingetreten.

Der Beschäftigungsgrad des Bergbau- und Hüttenwesens erweist sich als günstig. Export und Import konnten immer unterkommen. Infolge der Auftragsüberfüllung herrscht in Mannheim rege Nachfrage nach männlichen Bedienungspersonal im Gattungs- und Bergbau. Im Baden-Badener Fremdenverkehrsbereich besteht noch ungedeckter Bedarf an Köchinnen und jungen Köchen, in allen anderen Berufsarten herrscht Ueberangebot. **Eisenwerke Gaggenau A.G.** Die Gesellschaft beantragt Kapitalumstellung im Verhältnis 10:1. (W. S. 26. Februar.)

Wirtschaftliche Rundschau

Zur Lage der Maschinenindustrie. Der Januarbericht des Vereins deutscher Maschinenbauanstalten lautet im allgemeinen wenig günstig. Es ist danach in der Maschinenindustrie zwar im großen und ganzen eine leichte Besserung des Beschäftigungsgrades eingetreten, doch bezieht sich dieser nur auf den Inlandmarkt, während sich das Auslandsgeschäft fühlbar verschlechtert hat. Insbesondere wird auf das Anwachen der Selbstkosten hingewiesen. Namentlich aus Süddeutschland wird gemeldet, daß nach Ablauf der zollfreien Einfuhr, aus dem Elsaß nach dem 10. Januar von verschiedenen Seiten versucht wurde, die Preise für Walzeisen sofort beträchtlich zu erhöhen. Die deutsche Eisenindustrie muß jetzt beweisen, daß sie wirklich in der Lage ist, die Eisenversorgung Süddeutschlands durchzuführen. Die Ausschichten für die nächsten Monate werden weniger zuverlässig als früher bezeichnet und ein weiterer Aufschwung wird kaum noch erwartet.

Interessengemeinschaft Stahlfurter Chemische Fabriken — Anhalter Salzwerke, vorm. Borsberg-Grünberg. (Wg. Drahtmeldung.) Die Generalversammlung der Stahlfurter Chemischen Fabriken genehmigte die Interessengemeinschaft mit den Anhalter Salzwerken, G. m. b. H. Sie erfolgt zu dem Zweck, in der Stahlfurter Gesellschaft, welche in der Hauptsache Kali erzeugt und weiterverarbeitet, eine neue Rohstoffgrundlage zu geben und die Stilllegung des Betriebes zu vermeiden. Ueber den Inhalt des Interessengemeinschaftsvertrages wurde nichts bekanntgegeben — unabhängige Aktionäre waren nicht vertreten. Mitgeteilt wurde nur, daß sich der zukünftige Ertrag aus einer letzten jährlichen Summe, sowie einer Beteiligung am Gemeinschaftsgewinn zusammensetze. Angesichts der gegenwärtigen Lage könne allerdings nur eine mäßige Dividende in Aussicht gestellt werden. Der Besitz an Aktien der Gesellschaft Ludwig II. werde nicht in die Interessengemeinschaft eingebracht.

Großhandelsindex. Wie bereits am Samstag gemeldet, ist die auf den 28. Stichtag des 4. Februar 1925 berechnete Indexziffer des statistischen Reichsamtes gegenüber dem Stande vom 28. Januar (140,4) um 2,6 Prozent auf 136,7 zurückgegangen. Im einzelnen ist nun die Preisbewegung folgende: Niedriger lagen vor allem die Preise für Getreide, Schweinefleisch, einige Kolonialwaren, Rindshäute, Kaffeebohnen, die meisten Textilrohstoffe und Nichtmetalle. Geklettert sind die Preise für Kartoffeln, Butter, Schmalz, Rindfleisch, Milch, Treibriemenleder, Baumwolle, Baumwollgarn,

Benzin und Gassöl. Von den Hauptgruppen sind die Lebensmittel von 140,9 auf 135,5 oder um 3,8 Prozent, die Industrierohstoffe von 139,6 auf 139,0 oder um 0,4 zurückgegangen. Für den Durchschnitt des Monats ist Januar ergibt sich eine Steigerung der Großhandelsziffer von 131,3 im Durchschnitt Dezember auf 138,2 oder um 5,3 Prozent.

Wanderer-Berle vorm. Winthofer & Joenide A.G., Schöna bei Chemnitz. Die G.S. beabsichtigt eine Dividende von 7 M. auf je 1000 M. Aktie und zwar abganzfrei, die Kapitalertragsteuer übernimmt die Gesellschaft. Ferner genehmigte die Verwaltung ohne Erörterung der Reichsmark-Eröffnungssitzung per 1. Oktober 1924, sowie Kapitalumstellung von bisher 100 M. M. auf 15 784 000 M. (Umstellung der Stammaktien im Verhältnis 10:1). Die ausstehenden Aufsichtsratsmitglieder wurden erneut in ihr Amt berufen. Der Vorstand sprach sich über das laufende Geschäftsjahr dahin aus, daß die Gesellschaft in allen Abteilungen so stark beschäftigt ist, daß der Erweiterungsbau an dem von der Gesellschaft erworbenen Gelände in Siegen an dem Ende dieses Jahres mit ordnungsgemäßer Beilegung durchgeführt werden soll. Wenn keine unvorhergesehenen Zwischenfälle eintreten, glaubt die Verwaltung, auch für das laufende Jahr ein ähnliches Ertragsniveau in Aussicht stellen zu können.

„Gemin“ Fabrik verleiht unter verneintem Zusage A.G., Wehligen. Der Vorstand eines Betriebes mit der Aufsicht über die Bergbau- und Metallwerke in Wehligen hat die Aufsicht über die Gesellschaft vorgelegt.

Kritiker in Konstantin. Laut Bekanntmachung im Reichsanzeiger ist vom Amtsgericht Charlottenburg über das Vermögen des Kaufmanns Ivan Kuitiser, Berlin-Grünwald, zur Zeit in Ueberwachungsbefehl, jetzt das Konkursverfahren eröffnet worden. Konkursverwalter Herr Hinrichsen, Charlottenburg. Anmeldefrist: 7. März. Erste Gläubigerversammlung 25. Februar. Prüfungstermin 27. März.

Aufhebung von Außenhandelsstellen. Nach einer im Reichsanzeiger veröffentlichten Verordnung werden folgende Stellen aufgehoben: Die Außenhandelsstelle des Reichsanzeigers für die Außenhandelsstelle für Rohstoffe und Erzeugnisse der Eisenindustrie, der Reichsbevollmächtigte für Aus- und Einfuhrbewilligung von Mineralölen.

Auslieferung von Wertpapieren. Mit der Reaktionskommission wurde ein Uebereinkommen dahin getroffen, daß von der Durchführung des über die Auslieferung des Art. 200 des Berliner Vertrags erlassenen Schiedsspruches abgesehen wird und weitere Auslieferungen von Wertpapieren auf Grund der genannten Bestimmung nicht mehr stattfinden.

Rechtsstellung für Bergwerke, Hütten- und Hüttenwerke. Auch in diesem Jahre veranlaßt die Reichsregierung den Reichsanzeiger die Bergwerke, Hütten- und Hüttenwerke, die in Berlin „Neue Welt“, in der Zeit vom 23. bis 26. August 1925 eine Fachtagung in Eisenwaren, Bergwerken, Hütten- und Hüttenwerken, Geschäftsstelle Berlin C. 25. Alexanderstr. 54. **Der Reichsanzeiger Nr. 22 vom 7. Februar** enthält den Wortlaut der Verordnung zur Änderung der Steuerzinsverordnung vom 4. Februar (Ermäßigung der Verzinsung) und eine Besondere Mitteilung über die Verzinsung über die Rückgabe der Reichsmark an die Reichsbank.

Ein Verband der Degras- und Seidenfabrikanten G. B., Stuttgart wurde in einer Mitgliederversammlung in Berlin gegründet. Der Verband bezweckt insbesondere die Wahrung und Förderung aller gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der Degras- und Seidenfabrikanten. Er verfolgt rein wirtschaftspolitische Ziele, so hat er z. B. sofort Schritte unternommen, um die Interessen seiner Mitglieder bei den gegenwärtigen Zoll- und Verhandlungen mit allen Kräften wahrzunehmen. Der Vorstand besteht aus den Herren: Dr. Dreunig (Hamburg) und Geschäftsführer Carl Reich (Frankfurt a. M.), Direktor Hofmann (Chemische Fabrik Ostfriesland in Saltingen in Baden), G. Subitwalder (Hindwalder & Co., Degraswerke G. m. b. H., Hamburg), Ad. Noos (Gleimens Trümper, Worms a. Rh.), Hans Strohmann (Chemische Fabrik Strohmann & Co., G. m. b. H., Stuttgart), Dr. Frick (Strohmann, Stuttgart), Geschäftsführer Herr Dr. Frick (Strohmann, Stuttgart), Geschäftsführer: Stuttgart, Württembergstr. 5 II.

Auslieferung von Wertpapieren. Nach vorläufigen Berechnungen betrug die Ruhrförderung in der Zeit vom 25. bis 31. Januar (einschl. der früher von der Regie betriebenen Regie- und Kokerereien) in 6 Arbeitstagen 2 208 180 Tonnen gegen 2 234 370 Tonnen in der vorausgegangenen Woche bei ebenfalls 6 Arbeitstagen. Die Kokerzeugung stellte sich in den 7 Tagen der Berichtswoche (in den Kokerereien) und auch Sonntags gearbeitet) auf 420 742 Tonnen gegen 457 665 Tonnen in der vorausgegangenen Woche, die Preßkohlenherstellung auf 70 305 (70 884) Tonnen. Die arbeitsfähige Kraft der Kokerereien betrug in der Woche vorher und 378 779 Tonnen im Durchschnitt des ganzen Jahres 1913. Die tägliche Kokerzeugung stellte sich auf 65 240 (65 381) bzw. 68 377 Tonnen.

Gegen das Jugabewesen. Der Große Ausschuss des Reichsverbandes des deutschen Nahverkehrsmittel-Großhandels hat auf seiner Tagung in Goslar am 17. Januar zur Erörterung des Jugabewesens einstimmig folgenden Beschlus gefasst: Der Große Ausschuss des Reichsverbandes stellt mit Bedauern fest, daß im Handel mit Nahverkehrsmitteln in letzter Zeit das Jugabewesen wieder an Ausdehnung gewinnt. Er ersucht es als mit der Auffassung des ehrenden Handels unvereinbar, durch Jugaben die Preisberechnung für die Ware selbst zu vermindern, und den Anfechtung eines besonders vorteilhaften Kaufes zu erwecken. Der Große Ausschuss empfiehlt den Mitgliedern des Reichsverbandes, keine Erzeugnisse zu vertreiben, bei denen in irgend einer Form Jugaben gemährt werden. Der Große Ausschuss ermächtigt die Geschäftsleitung des Reichsverbandes, namens des Reichsverbandes das Umpfen der Jugaben auf das nachdrücklich zu bekämpfen, und sich notfalls für den Erlaß wirksamer gesetzlicher Vorschriften einzusetzen.

Budapester Internationale Messe. Die Budapester Messe- und Gewerbedelegation organisiert zwischen 18.-27. April die Budapester Internationale Messe. Die Besucher der Messe erhalten auf Grund der Messeausstellung auf den ungarischen Eisenbahnen und Schiffahrtunternehmungen Fahrpreisermäßigungen und Stimm mit 50 Prozent Nachlaß. Die ungarischen Grenzen können während der Messe auch ohne Visum überschritten werden. Weitere Auskünfte durch den Messevertreter: G. E. Noerzel, Ulm a. D. **Messe-Eröffnung.** Die erste Fachmesse der deutschen Bekleidungsindustrie und die zweite Messe der Schuh- und Lederindustrie wurde am Sonntag vormittag im Vortragsaal des Hauses der Kunstindustrie Berlin von Oberbürgermeister Hof mit einer Ansprache feierlich eröffnet.

Reichsgerichtsentscheidungen.

Inlandswert der Mark und Dollarkurs. Bekanntlich verurteilt die neuere reichsgerichtliche Rechtsprechung für den Fall einer Auswertung des Kaufpreises für gelieferte Waren die glatte Umrechnung des ursprünglichen Kaufpreises in Goldmark nach dem Dollarkurs. Derselbe Grundsatz ist aber auch bei Schadenersatzansprüchen für die Zeit anzuwenden, zu welcher der Wert der Mark im Inlande noch größer war, als er im Spiegel der Dollarnotierung erschien. Man konnte deshalb in jenen Jahren in Deutschland weit billiger kaufen als anderswo. Unter Berücksichtigung dieses Umstandes erscheint es ungerichtlich, wenn man den Schadenersatz für Verluste, die Ende 1919 eingetreten sind, heute nach dem Dollarkurs bemessen wollte. Für 2000 M. konnte man sich damals in Deutschland eine ganze Zimmer-einrichtung kaufen — für den Dollarkurs (200 Goldmark) heute vielleicht einen Zehner oder einen guten Ueberzieher. Schon an diesem Beispiel erkennt man, daß der Geschädigte keinen vollen Ersatz erhalten würde, wenn heute in Goldmark unter Anwendung des damaligen Dollarkurses aufgewertet werden sollte.

Erlaß verlangt wurde für die Eisenbahnfahrt eines im Dezember 1919 auf der Eisenbahnfahrt von Bochum nach Wiesbaden beschädigten Abteilwagens des Spediteurs A. in Göttingen. Der Kläger verlangte in der ersten Instanz 10 000 deutsche Mark, vor dem Oberlandesgericht 2000 Goldmark. Das Landgericht Mainz hat die festgesetzte Reichseisenbahngesellschaft zur Zahlung von 7200 deutschen Mark verurteilt, das Oberlandesgericht Darmstadt im Dezember 1923 zur Zahlung von 200 Goldmark. Das Oberlandesgericht berechnet die Verminderung des Wertes des Wagens gemäß § 88 C.D. für Dezember 1919 auf 2000 Mark, für den Kläger aber nur 200 Goldmark zu, weil die deutsche Mark im Dezember 1919 nur noch rund den zehnten Teil ihres wirklichen Wertes gehabt habe, 2000 Papiermark mithin 200 Goldmark gleichkommen würden. Das Reichsgericht hat dieses Urteil des Oberlandesgerichts aufgehoben und die Sache zur anderweitigen Verhandlung und Entscheidung an das Oberlandesgericht zurückverwiesen. In den reicherlichen Entscheidungen sind die Gründe hierzu heißt es: Das Oberlandesgericht hat die Erfahrungstatsache unberücksichtigt gelassen, daß die deutsche Mark im Dezember 1919 einen erheblich höheren Inlandswert hatte, als er dem Stand des amerikanischen Dollarkurs entsprach. Für den im Deutschen Reich wohnenden Kläger bedeutet daher damals 2000 deutsche Mark viel mehr als heute 200 Goldmark oder der entsprechende Dollarbetrag, wenn er das Geld im Inland verwandte. Und etwas anderes kommt, soweit ersichtlich ist, nicht in Betracht. Es ist daher von der festgestellten Verminderung von 2000 deutschen Mark im Dezember 1919 auszugehen, ohne daß diese Summe nach dem damaligen Kurse in Dollars umzurechnen wäre. Weiter ist dann zu prüfen, wie diese Summe mit Rücksicht auf die inzwischen eingetretene Geldentwertung aufzuwerten ist. Allerdings ist dabei auf die übrige reichsgerichtliche Rechtsprechung betreffend den Eintritt des Verlangens der Bahn Rücksicht zu nehmen, da die Aufwertung erst von diesem Zeitpunkt ab zu berechnen ist. (I 65/24. — 14. Januar 1925.)

Berechnung Ruwandelsklausur der Bank beim Anrecht der auf Kredit gekauften Wertpapiere. Die Klägerin ließ bei der Bank der Beklagten Wertpapiere kaufen, die sie nicht bezahlte, sondern bei der Beklagten in Depot gab. Sie hatte als Einfluß Schmutzgegenstände abgeben, für die ihr eine Beleihungsgrenze bis 66 2/3 Prozent zugelegt war. Als in den ersten Tagen des Dezember 1921 ein sehr harter Kursrückgang der Effekten eintrat, forderte die Beklagte Erhöhung des Einflusses und drohte mit Zwangsrealisierung. Darauf hat die Klägerin einen Teil verkaufen lassen, ein anderer Teil ist von der Beklagten zwangsweise realisiert worden. Die Klägerin will diese Verkäufe nicht anerkennen, da sie unter Drohung und Zwangsmassnahmen der Beklagten zustande gekommen seien und fordert im Wege der Klage Herausgabe von 20 Aktienemissionen, 10 Weiskar Waggonaktien und 10 Ravensburger Spinnereifaktien. Sie ist mit ihrer Klage in allen Instanzen — Landgericht und Oberlandesgericht Köln, Reichsgericht — abgewiesen worden. Aus den reichsgerichtlichen Entscheidungsgründen: Es ist bekannt und kann der Klägerin und ihrem Gemahne, der sie bei diesen Transaktionen vertrat, nicht verborgen geblieben sein, daß der Kauf einer erheblichen Menge von Effekten auf Kredit ein hartes Risiko für den Fall einschließt, daß die Kurse heruntergehen und genügende Mittel zur Erhöhung des Einflusses nicht vorhanden sind. Die Klägerin war sich also der mit ihrer Dandlungsweise verknüpften Gefahr bewußt. Sie behauptet, diese Gefahr durch die Vereinbarung einer Beleihungsgrenze von 66 2/3 Prozent beseitigt oder verringert zu haben. Die Klägerin rechnet in der Klage aus, daß am 1. Dezember als Pfand übergebene Schmutz mit 400 000 der Klägerin angegebene Zahlen schon am 1. Dezember 1921 die 66 2/3 Prozent nicht erreicht seien, wenn der als Pfand übergebene Schmutz mit 400 000 Mark angenommen wird. Nun haben aber die Kurse weiter rückgängig u. zwar, wie die gleichfalls in der Klage angegebenen Realisierungskurse dafür, in hohem Maße. Es kann daher seinem Zweifel unterliegen, daß die Grenze von 66 2/3 Prozent schon in den nächsten Börsentagen erheblich überschritten wurde, da nach den von der Klägerin angegebenen Zahlen schon an der Grenze betnahe erreicht war. Danach unterliegt es keinen rechtlichen Bedenken, wenn das Berufungsgericht angenommen hat, daß die Beklagte nach ihren allgemeinen Bedingungen Anfang Dezember einen weiteren Einfluß fordern durfte. (I 24/24. — 3. Januar 1925.)